

„Es kann kein Problem sein, Pendlerpauschale und Kilometergeld in überschaubarer Frist den gestiegenen Spritpreisen anzupassen!“ (Seite 2)

AK-Präsident
Hubert
Hämmerle



Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

www.ak-vorarlberg.at

Kampf ums Arbeitsrecht: Zehn Prozent mehr Fälle

Seiten 6 und 7



Die Forderung nach einem unbezahlten Krankenstandtag war rasch vom Tisch. Bedenkliche Realität ist: Obwohl krank, erscheint ein großer Teil der Beschäftigten zur Arbeit.

Aus dem Inhalt

Amnestie ist das falsche Signal an Steuersünder

Unverständnis bei allen ehrlichen Bürgern: Anstatt mit der erforderlichen Härte gegen Steuerflüchtlinge vorzugehen, stellte die Regierung den Steuersündern einen Persilschein aus.

Seite 3

Fachtagung: Die Schwächen stärken

Damit Jugendliche mit Teilleistungsschwächen besser in die Arbeitswelt integriert werden können, regt eine Fachtagung zum Mitgestalten an.

Seite 4

Moderne Bedingungen für Spitalspersonal

Die AK warnt vor einem Scheitern der Verhandlungen um ein neues Gehalts- und Einstufungsschema für die über 3500 Krankenhausbediensteten.

Seite 5

Mit Apfelschneider Hände verletzt

Die AK setzte für eine Konsumentin Schmerzensgeld durch: Wegen eines Produktfehlers hatte sie sich beim Apfelschneiden die Hände verletzt.

Seite 8

Piraten auf der Suche nach dem Wortschatz

Im Kindergarten Oberdorf in Altach hat Maria Knapic ein ungewöhnliches Projekt zur frühsprachlichen Förderung ins Leben gerufen.

Seite 10

Ihre Meinung wird belohnt!

Unter allen Leserreaktionen verlost die AKTION einen E-Book-Reader.



Seite 12

Konsumentenschutz

Jede Vereinbarung – ob schriftlich oder mündlich – muss eingehalten werden. Nur in wenigen Ausnahmefällen können Konsumenten von einem bereits geschlossenen Vertrag zurücktreten. Die aktualisierte AK-Broschüre „Rücktrittsrechte“ zeigt dies anhand einzelner Beispiele auf. Auf 60 Seiten finden Sie alle Informationen.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Verdiente Antwort auf freche Provokation

Mit ihrer Forderung, der erste Krankenstandtag soll unbezahlt bleiben, haben sich Wirtschaftsvertreter selbst ins Eck gestellt.

Selten wird die unterschiedliche Geisteshaltung gegenüber den arbeitenden Menschen innerhalb so kurzer Zeit für jedermann greifbar. Die AKTION belegte in ihrer letzten Ausgabe, dass 46 Prozent der Vorarlberger auch krank zur

Arbeit erscheinen. Ein Viertel befürchtet nämlich Konsequenzen für den Job. Davon unbeeindruckt forderte kurz darauf der Wirtschaftsbund, dass der erste Krankheitstag nicht mehr bezahlt werden soll – angeblich, weil so viele Beschäftigte „blau machen“.

Sturm der Entrüstung
„Ich spüre soziale Kälte“, erwiderte AK-Präsident Hubert Hämmerle auf

den Vorstoß: Es wäre weit vernünftiger, bestimmte Proponenten der Wirtschaft würden sich mehr Gedanken darüber machen, „Beschäftigte länger gesund im Arbeitsprozess zu halten, als der Gewinnmaximierung das Wort zu reden.“ Mit dieser Ansicht steht Hämmerle erfreulicherweise nicht allein: Quer durch Österreich wurde die Forderung überwiegend als unsinnige und freche Provokation entschieden abgelehnt. Kranke gehören geschützt, so Hämmerle und tritt für eine Strafzahlung ein, wenn Arbeitnehmer im Krankenstand gekündigt werden.

Die AKTION widmet dem Arbeitsrecht ihren Schwerpunkt in dieser Ausgabe auf den Seiten 6 und 7.

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Unfairer Spritpreis“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Spiel ist altbekannt und lebt von seinen Wiederholungen: Die Treibstoffpreise steigen explosionsartig und gehen nur „schaumgebremst“ wieder nach unten. Besonders ertragreich für die Ölmultis ist das vor verkehrsreichen Wochenenden wie Ostern, Pfingsten usw. Ebenso regelmäßig folgen die Entrüstungsflokeln der Autofahrerclubs, der Politik und der Medien. Nützen tut es in aller Regel nicht wirklich viel und auch die bisher getroffenen Maßnahmen sind überschaubar. Seit die Preise nur noch einmal am Tag erhöht werden dürfen, steigen sie kurz nach Mittag sprunghaft und sin-

ken dann bis zum nächsten Vormittag etwa wieder auf das Vortagsniveau. Wettbewerb gibt's so gut wie keinen, der Westen Österreichs ist und bleibt preislich benachteiligt. Wenn Minister Mitterlehner nun über einen „Preiskorridor“ nachdenkt, ist das begrüßenswert, denn es verhindert vermutlich allzu heftige Preissprünge vor Reisewochenenden. Möglicherweise erhöhen die Multis die Preise dann aber halt früher, dafür nicht so extrem. Heißt: Wir zahlen länger mehr, aber das in gemäßigtem Umfang. Besonders negativ betroffen von der Spritpreis-Hausse sind jene Zeitgenossen, die ihren fahrbaren Untersatz

brauchen, damit sie zur Arbeit kommen. Da erstaunen dann Vorschläge wie jener vom Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes, der die Abschaffung des Pendlerpauschales und die Einführung einer Strafzahlung für Pendler fordert. Als Ausgleich für „das Leid, das autofahrende Pendler Stadtbewohnern antun.“ Aus der Sicht eines Großstädters mit Öffis im Minutentakt irgendwie verständlich, aber nicht ganz fertig gedacht. Als nächstes folgt dann wahrscheinlich eine Abgabe für Städte, die am Wochenende ins Grüne pendeln. Dann für Wintersportler, die in die Skigebiete pendeln, für Sommerurlauber, die an den

Strand pendeln und für Fußballfans, die am Samstag zum Stadion unterwegs sind. Wesentlich gescheiter ist da schon der zugegebenermaßen uralte Vorschlag, das Pendlerpauschale zu erhöhen und vor allem von einem steuerlichen Freibetrag in einen Absetzbetrag umzuwandeln, wie es die AK Vorarlberg schon seit Jahren fordert. Das hätte nämlich den Vorteil, dass das Pauschale für alle Arbeitnehmer gleich hoch ausfällt – egal, ob sie viel oder wenig verdienen und ob sie mit einem dicken Luxusschlitten oder mit einem kleinen Spucker unterwegs sind. Zumindest das wäre fair – wenn es der Spritpreis schon nicht ist.

„Das Pendlerpauschale gehört von einem Freibetrag in einen Absetzbetrag umgewandelt – zumindest das wäre fair, wenn es der Spritpreis schon nicht ist.“

Rainer Keckeis
AK-Direktor Rainer Keckeis

Leserforum

Leidiges Dauerthema Roaminggebühren

Aktion April 2012: EU stellt Weichen zur Abschaffung
Es wird höchste Zeit, dass die Roaminggebühren in ganz Europa abgeschafft werden! Oft schaltet das Handy auf einen ausländischen Anbieter um, auch wenn man sich noch in Österreich befindet. Und man wundert sich dann, wenn die Rechnung kommt. Ganz dumm dran sind diejenigen, die Verwandte im Ausland haben, so wie ich in Deutschland. Schade, dass man überall nur abgezockt wird.
Angela Lamprecht, Hard

Joghurt, das auf Bäumen wächst

Aktion April 2012: Irrtümer zur Lebensmittelherkunft
Bei uns trinkt man ja noch hauptsächlich den Kalb die Nahrung weg. Die Milchindustrie boomt. Milch schmeckt auch mir gut, denn ich bin

hier aufgewachsen und somit grundgeprägt worden.
In China und Japan trinkt kaum einer Milch. Davon bekommen sie Verdauungsstörungen etc. Wie übrigens auch bei uns viele Menschen. Daher haben die wohl recht bzw. sind uns „voraus“, deren Joghurt auf den Bäumen wächst, denn sie essen wahrscheinlich Sojajoghurt. Tatsächlich wächst die Sojabohne auf Büschen und daraus wird auch das Joghurt gewonnen.
Eva Joelli, E-Mail

Einkommensschere weiter auseinander

Aktion April 2012: Arbeitnehmer immer unzufriedener im Beruf
Eines vorweg: Wir leben in einem sehr sozialen Staat, unser Ländle genießt als Bundesland in Österreich sehr hohes Ansehen, da Arbeitskräfte (sprich: Facharbeiter) sehr gut ausgebildet sind und wir eine hohe Exportkraft haben, auf die wir zu Recht stolz sein können. Das alles sollte aber nicht darüber

hinwegtäuschen, dass auch im Ländle die Einkommensschere immer weiter auseinander geht und „Normalverdienern“ oft armutsgefährdet sind. Gerade hier ist eine starke AK wichtig, die sich für Belange aller Arbeiter einsetzt!
Thomas Pree, Bregenz

Verpackungsmaterial und Mülldebatte

Verpackungsmüll (Aktion Februar 2012) erhitzt weiterhin die Gemüter
Müllcontainer bei den Geschäften, das war einmal. Sie wurden wieder abgeschafft, weil die Wegwerfgesellschaft eine Riesensauerei hinterlässt und jeglichen Müll abstellt.
Gertraud Six, Bludsch-Gais
PS.: Danke für den E-Book-Reader!
Wenn es um Energie geht, sollte vor allem auf Abfallvermeidung und -recyclen Wert gelegt werden. Dort sollte noch mehr Potenzial herausgeholt werden!
Astrid König, Lustenau

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leserinnen und Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Sony eBook-Reader im Wert von rund 150 Euro aus der letzten Aktion hat Angela Lamprecht gewonnen.

Der Gewinn wird in den nächsten Tagen per Post zugesandt. Wir gratulieren!

Die Schuldenkrise belastet Arbeitsmarkt

Die Schuldenkrise in der Euro-Zone hat die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit 15 Jahren getrieben. Mehr als 17 Millionen Frauen und Männer waren zuletzt ohne Job. Die Arbeitslosenquote stieg auf 10,8 Prozent. Den besten Wert verzeichnete dabei Österreich. Ein Ende der Jobkrise ist nicht in Sicht. Experten rechnen mit Jahresende mit einer 11 vor dem Komma.

Manager geben gute Noten für Österreich

Der Standort Österreich erhält von internationalen Managern gute Noten: In einer Umfrage unter ihnen erhielten Deutschland, Schweden, die Schweiz, die Niederlande und Österreich die besten Noten bei der Frage, welche Länder Europas schon heute den zukünftigen Anforderungen, darunter Energieversorgung, hochqualifizierte Arbeitskräfte und Datennetze, genügen.

Industrie erwartet Beschäftigungsplus

Österreichs Industrie erwartet 2012 ein leichtes Beschäftigungsplus. Im Vorjahr wurden inklusive Leiharbeitern 2,7 Prozent mehr Mitarbeiter beschäftigt, ohne Leiharbeiter betrug die Steigerung 1,7 Prozent.

AK Vorarlberg fordert Anpassungen bei Pendlerpauschale und Kilometergeld

Sprit: Politik muss rasch handeln!

Die Preise an den Tankstellen laufen im Galopp dem Ausgleich davon, den die Arbeitnehmer für beruflich bedingte Fahrten mit ihrem Pkw erhalten.

Das Pendlerpauschale und das amtliche Kilometergeld sind die beiden fiskalischen Instrumente, mit denen die Arbeitnehmer zumindest teilweise bei ihren Fahrtkosten entlasten werden. Beides sind starre Größen und seit Jahren nicht mehr an die realen Ausgaben der Kraftfahrer angepasst. „Dabei wäre

es dringend nötig, die Beschäftigten, die auf ihr Auto angewiesen sind, zu entlasten. Es kann ja kein Problem sein, in überschaubarer Frist das Pendlerpauschale und das amtliche Kilometergeld den gestiegenen Spritpreisen anzupassen!“, verlangt AK-Präsident Hubert Hämmerle ein entschlossenes und vor allem rasches Handeln.

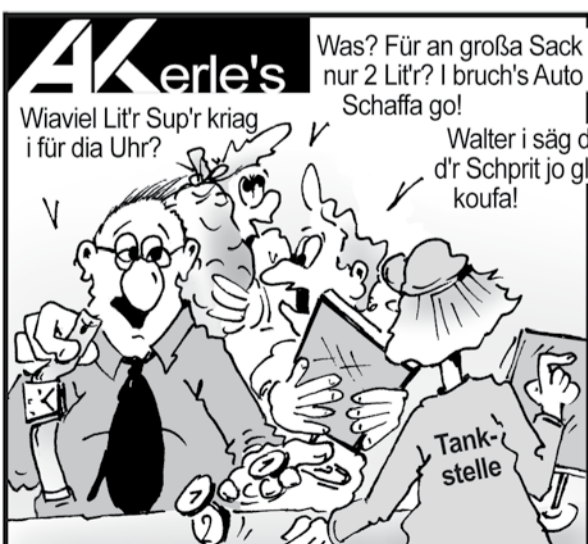
Kleinere Einkommen benachteiligt

Die wuchernden Spritpreise sind für viele Arbeitnehmer zur unerträglichen Kostenbelastung geworden. Die vage

Ankündigung von Wirtschaftsminister Mitterlehner, vor „sensiblen“ Zeiten wie Ferien eine Art Preiskorridor einzuführen, ist für die AK Vorarlberg zu wenig. Schon im Jahre 2007, als der Finanzminister die Mineralölsteuer erhöhte, wurde ein „Umbau für mehr Gerechtigkeit“ gefordert: Die Benachteiligung von Arbeitnehmern mit niedrigem Verdienst könnte beseitigt werden, wenn das Pendlerpauschale von einem Freibetrag in einen Absetzbetrag mit Negativsteuerwirkung umgewandelt würde.



Der Blick auf die Preisanzeige der Zapfsäule löst mehr und mehr Missmut aus.



Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion:
Arbeiterkammer Vorarlberg,
6800 Feldkirch, Widnau 2-4
presse@ak-vorarlberg.at

Redaktionsleitung:
Dietmar Brunner, Arno Miller
Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Bilderbox, fotolia, Jürgen Gorbach, Dietmar Mathis, VN/Paulitsch, VoVo

Druck: Vorarlberger Medienhaus, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.



Mit einer eingegrenzten Finanztransaktionssteuer sollen die ominösen „Märkte“ wenigstens teilweise für die Kosten aufkommen, die sie durch die Krise verursacht haben.

Koalition der Willigen für eine „Finanztransaktionssteuer light“

Die auch von der Arbeiterkammer geforderte EU-weite Finanztransaktionssteuer (FTS) ist endgültig vom Tisch, nachdem sich mehrere Staaten strikt dagegen ausgesprochen haben. Das ist aber keinesfalls das Ende: Vielmehr wird jetzt der Weg frei, die Steuer zügig mit einer „Koalition der Willigen“ einzuführen.

Nach einem EU-Finanzministerrat kündigte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble deshalb an, Alternativen zum ursprünglichen Plan diskutieren zu wollen. Eine um bestimmte Derivate erweiterte Börsenumsatzsteuer (also eine Steuer auf den Aktienhandel an den Börsen) soll demnach von einigen EU-Mitgliedsstaaten im Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit eingeführt werden. Eine solche „Finanztransaktionssteuer light“ wäre offenbar auch für die Gegner akzeptabel.

Bereits vorher hatten die Finanzminister aus Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in einem Brief an die dänische

EU-Präsidentschaft gefordert, den Entscheidungsprozess zu beschleunigen.

Der Hauptgrund für den Widerstand gegen die FTS liegt sicherlich in dem Wunsch, die Profite der Finanzindustrie in den entsprechenden Ländern zu schützen. Zusätzlich kommt jedoch besonders in Großbritannien immer mehr Widerstand gegen jegliche Form von EU-Regulierung auf, da sie zunehmend als Bedrohung der nationalen Souveränität wahrgenommen wird. Die Euro-Krise hat die bereits existierenden antieuropäischen Positionen noch intensiviert – nicht nur in der Elite, sondern auch in einem Großteil der Bevölkerung.

Kein Grund für Rückzieher

Aus der Sicht der FTS-Befürworter gibt es für einen Rückzieher hingegen weder politisch noch ökonomisch einen Anlass. Politisch war der Widerstand mehrerer Länder lange bekannt. Der Vorschlag der EU-Kommission kann auch mit dem Instrument der verstärkten Zusammenarbeit umgesetzt werden. Ein Konsens aller Staaten ist deswegen nicht notwendig. Ökono-

misch gilt weiterhin, dass der Finanzsektor einen substantiellen Beitrag zu den Kosten der Krise leisten muss. Das geht aus Sicht der Befürworter nur mit einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und nicht mit einer engen Börsenumsatzsteuer.

Abkommen nach Schengen-Vorbild

Vor Juni ist jedoch kein Fortschritt im Prozess zu erwarten, da in Frankreich zunächst noch ein neuer Präsident gewählt werden muss. Außerdem muss den Ritualen entsprechend noch offiziell verkündet werden, dass kein Konsens oder Kompromiss erzielt werden kann. Erst dann ist der Weg frei für eine Koalition der Willigen, konkret müssen sich mindestens neun Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Initiative einigen, um sie im rechtlichen Rahmen der EU umsetzen zu können. Ein bekanntes Beispiel ist das Schengen-Abkommen.

Die Chancen für eine „verstärkte Zusammenarbeit“ stehen aus folgenden Gründen recht gut:

- Das Europäische Parlament – aller-

dings ohne Gesetzgebungskompetenz – hat mehrmals seine Unterstützung für die FTS ausgesprochen.

- Der Ausschuss der Regionen unterstützt die FTS „light“ explizit, sofern eine EU-27 Lösung scheitert.
- Es gibt große Mehrheiten in der Bevölkerung der meisten EU-Länder.
- Es gibt großen Bedarf für finanzielle Mittel, um die Kosten der Krise abzudecken, besonders weil die EU gerade in eine Rezessionsphase eintritt.
- Deutschland und Frankreich haben in den letzten zwei Jahren so hart für eine FTS gekämpft, dass eine Umkehr ein Gesichtverlustr wäre.

Ziel bleibt aufrecht

Zwar wird es wahrscheinlich noch eine Weile dauern, aber es scheint, dass eine Finanztransaktionssteuer mit Unterstützung einer substantiellen Anzahl von EU-Ländern kommen wird. Das Ziel der AK und ihren europäischen Bündnispartnern bleibt jedoch weiterhin, mit einer umfassenden EU-weiten Steuer auf Finanztransaktionen jene zur Kasse zu bitten, die die Krise verursacht haben.

Österreichern fehlt Spielraum fürs Sparen

Schwaches Einkommenswachstum und hohe Inflationsraten haben 2011 die Neigung bzw. die Fähigkeit der Österreicher, Geld für schlechtere Zeiten auf die Seite zu legen, weiter verringert. Die Sparquote ist zum vierten Mal in Folge gesunken, sie betrug 2011 7,5 Prozent und liegt damit um etwa 36 Prozent unter dem letzten Vorkrisenjahr 2007. Sie ist damit inzwischen deutlich tiefer als jene der Deutschen. Lange Zeit war die Sparquote mit jener der Nachbarn im Norden gleichauf gelegen.



Österreicher haben wenig Geld fürs Sparschwein.

Gelassener gegenüber Arbeitsmarktöffnung

Positiver als erwartet fällt in den Augen der Österreicher die Bilanz nach einem Jahr Arbeitsmarktöffnung aus. 58 Prozent meinen, dass es keinen starken Zuzug von Arbeitskräften aus den östlichen Nachbarstaaten gegeben hat, 34 Prozent sind anderer Ansicht. Vor der Arbeitsmarktliberalisierung hatten dies noch 47 Prozent befürchtet, so Vergleichszahlen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Lediglich eine Minderheit Sorge sich aus diesem Grund um den eigenen Arbeitsplatz. Tatsächlich sind mit Anfang März gegenüber dem Vorjahr 24.187 Arbeitnehmer aus jenen acht EU-Ländern zu uns gekommen, für die sich der Arbeitsmarkt zum 1. Mai 2011 geöffnet hat.

Bessere Chancen bei Anonymisierung

Ein in Deutschland durchgeführtes Pilotprojekt belegt, dass bei anonymisierten Bewerbungsverfahren sowohl Frauen als auch Menschen mit als „fremdländisch“ wahrgenommenem Aussehen oder Namen deutlich gesteigerte Chancen hatten, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. An dem Projekt hatten mehrere staatliche Stellen, aber auch einige große Konzerne teilgenommen: In der ersten Runde waren nur Informationen über die Qualifikation der Bewerber, nicht aber über deren Geschlecht, Alter, Namen, Herkunft, Familienstand und auch kein Foto weitergegeben worden.

Beschäftigungspaket: AK für Aufstockung

Die österreichischen Sozialpartner haben den Vorschlag der EU-Kommission für ein europaweites Beschäftigungspaket begrüßt. Nach Ansicht der Arbeiterkammer sollen dazu aber auch Mittel des Europäischen Sozialfonds herangezogen werden: Die Aufstockung um die Hälfte auf 40 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei „absolute Untergrenze im EU-Haushalt“.

Kurz gemeldet ...

- **Bereits 53 von 100** Jugendlichen können sich vorstellen, in einem östlichen Nachbarland zu arbeiten. 2011 waren es erst 51 Prozent der unter 25-jährigen.
- **Die Ratingagentur Fitch** hat Österreich erneut mit der Bestnote AAA bewertet.
- **90 Prozent** der Wiener Betriebe, die theoretisch für eine Lehrstelle in Frage kämen, sind Ausbildungsverweigerer.
- **Die Chancen** am deutschen Arbeitsmarkt haben sich für ältere Menschen deutlich verbessert: Die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-jährigen stieg in fünf Jahren von 18,2 auf 28,3 Prozent.

Bundesregierung zieht „Ablasshandel“ trotz heftiger Kritik durch

Strafe statt Amnestie für Steuerhinterzieher

Für alle redlichen Steuerzahler war dieser Freitag, der 13. April ein Schlag ins Gesicht. Die Unterzeichnung des umstrittenen Steuerabkommens mit der Schweiz ist ungerecht, kurzfristig und ein Persilschein für Steuerhinterziehung.

Kritik an der Unterschrift der Finanzministerin in Bern hagelte es von allen erdenklichen Seiten. Nach Ansicht des renommierten Steuerrechtsexperten Werner Doralt hätte das Ziel ein Abkommen der EU sein müssen: „Österreich prescht jetzt vor und bringt einen Keil in die Verhandlungen, die die EU führen wollte.“

„Reiche, die über Jahrzehnte hinweg Steuern hinterzogen und auf ausländischen Konten geparkt haben, dürfen nicht amnestiert werden, son-

dern sie soll die Härte des Gesetzes treffen“, lehnt auch AK-Präsident Hubert Hämmerle diese „Schwarzgeld-Weißwasch-Aktion“ entschieden ab.

Bekanntlich sollen Steuerhinterzieher, die ihre Millionen in der Schweiz bunkern, im Rahmen des mit 1. Jänner 2013 in Kraft tretenden Steuerabkommens in den Genuss einer äußerst großzügigen Regelung kommen, die ihnen die völlige Legalisierung ihres Verbrechens gegen eine kleine Bezahlung ermöglicht. Damit will die Bundesregierung eine Milliarde Euro für das Staatsbudget lukrieren. „Während jeder kleine Steuerzahler wiederholt zur Sanierung der Finanz- und Wirtschaftskrise in die Pflicht genommen wird, werden mit dem Abkommen Steuerhinterzieher im großen Stil rein-gewaschen“, ärgert sich Hämmerle.



Experten schätzen die Summe von Schwarzgeld aus Österreich, das in der Schweiz gebunkert und der Besteuerung entzogen wird, auf bis zu 20 Milliarden Euro.



Rund zehn Prozent der Bevölkerung leiden an einer Teilleistungsschwäche. Diese gilt es in Schule und Arbeitswelt optimal zu integrieren – und das schon von Anfang an.

Betroffene, Experten und Unternehmer suchen nach Lösungen, um Jugendliche mit Teilleistungsschwächen künftig besser in die Arbeitswelt zu integrieren

Wuchstaben bechseln, Zahlen drehen: Hilfe für Jugendliche

Jugendliche mit Teilleistungsschwächen sollen in Zukunft mehr gefördert werden. Die AK Vorarlberg, der Verein Initiative LEGA und das Land Vorarlberg laden daher zur Fachtagung – zum Mitdenken und Mitgestalten.

Sie verdrehen Zahlen und Buchstaben, rechnen mit den Fingern oder lesen Wörter, wo keine sind. Rund zehn Prozent der Bevölkerung sind von Teilleistungsschwächen betroffen. Also von Legasthenie (Lese-Rechtschreib-Schwäche), Dyskalkulie (Rechen-schwäche) oder Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen. Trotzdem sind diese Menschen nicht weniger intelligent. Im Gegenteil: Oft verfügen sie über vielfältige und überdurchschnittliche Begabungen. In unsere Leistungsgesellschaft können sie sich dennoch schwer integrieren. Durch die Schwierigkeiten die Lernanforderungen zu erfüllen, den ständigen Misserfolg und Druck entwickeln die Kinder ein geringes Selbstwertgefühl. Oft haben sie Probleme sich in das soziale und berufliche Umfeld zu integrieren.



„Wir erhoffen uns von der Fachtagung wichtige Impulse, die in weiterer Folge zu konkreten Maßnahmen führen.“

Hubert Hämmerle, AK-Präsident

Um die Chancen dieser Menschen zu verbessern haben sich 1999 Eltern und Pädagogen zusammengeschlossen und den Verein Initiative LEGA Vorarlberg gegründet. Seither hat sich das Angebot an Informations- und Beratungsmöglichkeiten im Land laufend verbessert. Die frühe Erfassung der Risikokinder, die Einzelförderung durch speziell ausgebildete Pädagogen und die Erweiterung der Kompetenzen der

Klassenlehrer haben dazu beigetragen, die Situation der betroffenen Kinder enorm zu verbessern. Seit 2009 setzt sich auch eine Expertengruppe im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung mit der Optimierung der Hilfe für Menschen mit Teilleistungsschwächen auseinander.

Gemeinsam nach Lösungen suchen
Mit der Unterstützung der AK Vorarlberg möchten das Land Vorarlberg und der Verein Initiative LEGA nun die Lösungsansätze für Jugendliche mit

Teilleistungsschwächen optimieren. Daher veranstalten sie am 2. Juni 2012 in der AK Feldkirch eine Fachtagung zum Thema „Jugendliche mit Teilleistungsschwächen“. „In den letzten Jahren wurden viele Anstrengungen unternommen, dass Lehrlinge eine gute Chance in Vorarlberg finden, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Beim Umgang mit Jugendlichen mit Beeinträchtigung gilt es, noch das Verständnis der Arbeitgeber zu optimieren. Dabei kann gerade die Zusammenarbeit mit Facheinrichtungen, Schule und Arbeitgebern einen wichtigen Beitrag leisten“, erläutert AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Bildung und Lehrlingswesen sind zwei wichtige Säulen der interessenpolitischen Arbeit der AK Vorarlberg. Mit der professionellen Infrastruktur kann ein wichtiger Beitrag zum Gelingen der Integration von Menschen mit Teilleistungsschwächen geleistet werden. „Wir erhoffen uns von der Fachtagung wichtige Impulse, die in weiterer Folge zu konkreten Maßnahmen führen“, sichert Hämmerle die volle Unterstützung zu.

Fachtagung

Am 2. Juni 2012 findet in der AK Feldkirch von 9 bis 17 Uhr die Fachtagung zum Thema „Jugendliche mit Teilleistungsschwächen“ statt. Bis zum 28. Mai 2012 können Sie sich bei der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung unter der Telefonnummer 050/258-2300 oder per E-Mail unter info@akbasics.at anmelden.

Programm der Fachtagung:

- 9 Uhr: Eröffnung
- 9.30 Uhr: Univ. Prof. Dr. Alfred Schabmann: „Erfolgreich qualifizieren trotz Handicap“ und Univ. Doz. Dr. Andreas Conca: „Eine brisante Mischung – Teilleistungsschwächen und AD(H)S“
- 11.15 Uhr: Prof. Dr. Stephan Böhm: Erfolgreiche Unternehmenskonzepte zur beruflichen Integration
- 12 Uhr: Eingangsstatements – Systempartner mit Dialog
- 14 Uhr: Vertiefungen – das Publikum im Dialog
- 16 Uhr: Die Ergebnisse im Überblick

Lehrlingstipp

Lehre und Schwangerschaft



Monika Gafner

Die 17-jährige Ingrid macht die Lehre als Einzelhandelskauffrau in einem Geschäft für Baby- und Kinderartikel. Es gefällt ihr dort sehr gut und sie geht jeden Tag gern zur Arbeit. Und jetzt diese unverhoffte Nachricht: Sie ist schwanger. Was soll sie nun tun? Nachdem sich Ingrid, ihre Eltern und ihr Freund Klaus vom ersten Schreck erholt hatten, freuten sie sich auf den Nachwuchs. Es stellten sich nun auch viele Fragen wie zum Beispiel: „Wie geht es weiter mit der Lehre zur Einzelhandelskauffrau?“, „Kann ich in die Karenz gehen?“ oder „Wie ist das mit der Berufsschule?“. Ingrid vereinbarte einen Termin in der AK-Lehrlingsabteilung. Dort wird ihr erklärt: Die Schwangerschaft muss dem Betrieb mitgeteilt werden. Ab dann gelten besondere Verwendungsbeschränkungen in der Beschäftigung. Die werdende Mutter und ihr Kind bedürfen selbstverständlich besonderer Schonung. Darauf hat ab nun das Arbeitsinspektorat ein Auge. Was die Lehrzeit angeht, so wird Ingrid bis zum Beginn der Wochenschutzfrist, die von acht Wochen vor bis acht Wochen nach dem Geburtstermin dauert, weiter arbeiten und lernen. Dann bekommt sie erst einmal ihr Kind und kann sich entscheiden, ob sie oder ihr Freund Klaus nach der Wochenschutzzeit einen Karenzurlaub in Anspruch nehmen will. Anschließend stehen ihr Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe zu. Das Lehrverhältnis wird in diesem Fall unterbrochen und kann nach Ende der Karenzzeit wieder fortgesetzt werden. Da Ingrid aber bereits in der zweiten Hälfte ihrer Lehrzeit ist, eröffnet sich ihr noch eine andere Möglichkeit: Ein früherer Lehrabschluss. Dazu bedarf es allerdings bestimmter Voraussetzungen, die im Einzelfall geklärt werden müssen.

Informationen und Beratung:
www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK-Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülerinnen und Schülern sowie ihrer Lehrerinnen und Lehrer. Dabei wurden ihnen vom Leiter der Jugend- und Lehrlingsabteilung, Mag. Marcus Mayer, die zahlreichen Serviceleistungen sowie der Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer erläutert. Anschließend hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, Fragen in verschiedenen Themenbereichen zu stellen. Zum Abschluss gab es einen kleinen Imbiss und ein Geschenk für die Schülerinnen und Schüler.



Schülerinnen der Schule Riedenburg.



Die Jugendlichen der Stiftung Jupident.

Wettbewerb „VIDEOAKTIV“: Bewertungsrunde auf Facebook-Account der AK Vorarlberg beginnt

VIDEOAKTIV geht in die heiße Phase

Bis zum 10. Juni können die Einreichungen des Wettbewerbs „VIDEOAKTIV“ bewertet werden. Dem Sieger winkt ein MacBook Air.

Mit dem Ende der Einreichfrist geht der Wettbewerb „VIDEOAKTIV“ in die Bewertungsrunde. Auf dem Facebook-Account der AK Vorarlberg können nun die hochgeladenen Videos bewertet werden. Die zehn meistbewerteten Videos schaffen es bis zur

letzten Jury-Runde. Zusätzlich wird die Jury fünf Videos auswählen, die ebenfalls in die letzte und entscheidende Runde kommen und um die Hauptpreise kämpfen.

Und die Preise für die besten Videoideen können sich durchaus sehen lassen: ein MacBook Air, ein neues iPad sowie ein iPod.

VIDEOAKTIV bewerten: www.facebook.com/AKVorarlberg



Die AK Vorarlberg ist auf der Suche nach dem kreativsten Video, bis 3. Juni können die Werke bewertet werden, im Finale winken attraktive Preise für die Sieger.

Verhandlungen über neues Besoldungssystem gehen in die entscheidende Phase

Spitäler: Stunde der Wahrheit für mehr als 3500 Bedienstete

„Wir finden kaum Leute und können die bestehenden nur schwer halten.“ Auf diesen Nenner spitzt Astrid Breuß, Zentralbetriebsvorsitzende der Vorarlberger Landeskrankenhäuser, die Folgen eines antiquierten Einstufungs- und Entlohnungsschemas zu. Auch AK-Präsident Hubert Hämmerle warnt vor den Folgen, sollten die Verhandlungen für ein modernes Gehaltsschema scheitern.

Das Land Vorarlberg ist die Sache mit Ernst angegangen und hat eine externe Beraterfirma beauftragt, die Gehaltstabellen aus den 80er-Jahren durch ein neues Besoldungsschema abzulösen. „Der Zentralbetriebsrat wurde als innerbetriebliche Interessenvertretung aller Angestellten in den Landeskrankenhäusern in das Projekt eingebunden“, erklärt die Vorsitzende Astrid Breuß. Soweit die gute Nachricht.

Spätestens seit dem Schnüren des Sparpakets zwischen Bund und Ländern mehren sich die Befürchtungen, dass das Vorhaben entweder völlig platzen könnte oder aus Kostengründen nur eine Lösung für Teile der Belegschaft angestrebt wird.

Hämmerle kritisiert Ärztrepräsentanten

„Bedauerlicherweise ist die Ärztekammer vorgeprescht und kocht ihr eigenes Süppchen“, zeigt AK-Präsident Hubert Hämmerle kein Verständnis für Alleingänge im Ringen um ein neues zeitgemäßes Gehaltssystem für die Beschäftigten in den Vorarlberger Krankenhäusern: „Hier geht es keineswegs nur um die Ärzte, auch wenn versucht wurde, über die Medien diesen Eindruck zu erwecken. Ich hoffe, nachdem die Ärztekammerwahl vorbei ist, dass wieder mehr Geschlossenheit mit den Spitalskolleginnen und Kollegen zum Tragen kommt.“ Die Verhandlungen mit dem Land als Dienstgeber erfolgreich abzuschließen, sagt Hämmerle, sei für alle über 3500 Mitarbeiter gleich wichtig, egal, welche Funktion auf dem Namensschild steht.

Tätigkeiten haben sich verändert

Die Landeskrankenhäuser sind ein überaus komplexes Zusammenspiel zwischen mehr als 20 nichtärztlichen Berufsgruppen und Medizinerinnen. Im gültigen Schema, berichtet Breuß, gebe es zum Beispiel aus historischen Grün-



Die überfällige Reform soll wieder für unbeschwerteres Arbeiten in den Landeskrankenhäusern sorgen.

den eine Reihe von aus heutiger Sicht unlogischen Zuordnungen. Im neuen System ist vorgesehen, die Mitarbeiter nach neu definierten Bereichen einzuteilen: „Dadurch kommt es zum Teil auch zu Aufwertungen, weil sich die Tätigkeiten der Einzelnen mit den Jahren wesentlich verändert haben“, sagt die Zentralbetriebsratsvorsitzende. Neben einer marktorientierten und aufgabenbezogenen Entlohnung gehört für Breuß auch die Anrechnung von Vordienstzeiten zum Kern der Forderungen. Dafür waren und sind die bisherigen Gehaltstabellen nicht vorgesehen: Sie richten sich praktisch nur nach Lebensalter und Ausbildung und erweisen sich Tag für Tag als unflexibel und ungerecht.

Enorme Belastungen

Geld spielt nicht die einzige Rolle in den Verhandlungen. „Wir müssen auch verstärkt über neue Arbeitszeitmodelle nachdenken“, erklärt Astrid Breuß. Die Arbeit in einem Krankenhaus zählt nachgewiesen zu den Berufsfeldern mit enormen physischen

und psychischen Belastungen. „Wir brauchen deshalb dringend auch ein Konzept für altersgerechte Arbeitsplätze!“, fordert Breuß.

Personallengpässe als Folge

Der Knackpunkt der Verhandlungen kommt in wenigen Wochen, wenn der mit der Beraterfirma ausgearbeitete neue Einreichungsplan mit konkreten Gehaltsangaben gefüllt wird. Dem Land müsse klar sein, was auf dem



„Es braucht eine faire und transparente Gehaltsreform für alle Bediensteten der Landeskrankenhäuser“

Astrid Breuß, Zentralbetriebsratsvorsitzende

Spiel steht, mahnt AK-Präsident Hämmerle. Das neue Schema müsse attraktiv genug sein, um die schleichende Abwanderung der dringend benötigten Fachkräfte in die Schweiz und nach Deutschland zu stoppen. Personallengpässe als Folge und steigender Arbeitsdruck durch Aufgabenverlagerungen von oben nach unten nagen an der Substanz von immer mehr Krankenhausbediensteten. Hämmerle: „Es geht

nicht nur um die Gesundheit des Systems, es geht auch um die Gesundheit der Mitarbeiter.“

Die Gehaltsreform ist überfällig. Bereits im Jahr 2000 erhielten die anderen Landesbediensteten ein modernes Besoldungsschema, fünf Jahre später – ebenfalls unter Verantwortung des Landes – die Gemeindebediensteten. Nur die Krankenhausbediensteten müssen als letzte große Gruppe darauf warten, dass ihr Dienstgeber auf die sich massiv veränderten Anforderungen reagiert.

Freiwilliger Wechsel

Das neue Gehaltssystem soll für alle neuen Mitarbeiter gelten. Im Idealfall bereits ab 2013.

„Den bestehenden Bediensteten wird ein persönliches Beratungsgespräch mit einer Einkommens-Gegenüberstellung von altem und neuem Modell angeboten“, erklärt Breuß den Plan, „und mit einer Stichtagsregelung die freiwillige Option zum Wechsel eingeräumt.“ Für sie gibt es keinen Zweifel: „Ein modernes Gehaltsschema für die über 3500 Kolleginnen und Kollegen muss einfach kommen!“

Weiberkram

Streit um Kaisers Bart



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Das Thema Einkommens- und Karrierebenachteiligung von Frauen ist wieder in aller Munde, seit eine Studie (angeblich) nachgewiesen hat, dass Frauen nicht 40, nicht 30, nicht 25 Prozent weniger verdienen als Männer, sondern – je nach Berechnungsart – „nur“ 12 bzw. 8 Prozent weniger. Wie am Basar geht es offensichtlich zu unter den (oft selbst ernannten) Experten, und alles erinnert ein wenig an den Ratschlag: Trau keiner Statistik außer der, die du selbst gefälscht hast. Nun könnte man sachlich argumentieren und sagen: 40 Prozent stimmen, wenn man Qualifikation, Sparte und Teilzeit nicht einrechnet; 30 Prozent treffen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Berufsbiografien zu (familienbedingte Unterbrechungen bei Frauen), und auf 25 Prozent kommt man arbeitszeitbereinigt. Wenn man das niedrigere Lohnniveau in sogenannten Frauenberufen zusätzlich einkalkuliert, mögen auch die „geschlechtsspezifisch begründeten“ 12 oder 8 Prozent herauskommen. Was bringt das alles aber der Arbeitnehmerin, die nun schon einmal einen so genannten „Frauenberuf“ ausübt, die aus familiären Gründen Karenzzeiten nehmen und dann oft Teilzeit arbeiten (muss), im täglichen Stress und Überlebenskampf? Man könnte jetzt ganz idealistisch (und utopistisch) eine Kritik an der Leistungsgesellschaft anbringen, eine Neubewertung von Berufs- und Familienarbeit fordern, eine partnerschaftliche Gesellschaft ... Oder man geht ganz pragmatisch davon aus, dass jeder einzelne Betriebskindergarten, der errichtet wird, jede Schule, die sich zur Ganztagsbetreuung entschließt, jeder Lehrgang für weibliche Führungskräfte und jede Gewerkschaftsschulung für Frauen mehr bringt als alle Diskussionen um Kaisers Bart.

E-Mail: irene.dyk@jku.at

Schulterschluss für gesunde Arbeitsplätze

Pro Jahr gibt es in der EU etwa 6,9 Millionen Arbeitsunfälle und noch weit mehr arbeitsbedingte Erkrankungen. Wie viel menschliches Leid mangelnde Sicherheit und schlechter Gesundheitsschutz verursachen, ist nicht messbar, wohl aber die wirtschaftlichen Folgen. Diese belaufen sich auf 490 Milliarden Euro. Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) stellt deshalb für ihre neue zweijährige Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze“ das Thema „Partnerschaft für Prävention“ in den Mittelpunkt. Ziel ist es, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu besserer Zusammenarbeit zu ermutigen. Für Österreich ist der Auftakt der Kampagne am 25. Mai geplant.

Für Sie da: AK-Präsident Hämmerle

Sie haben Fragen an den AK-Präsident Hubert Hämmerle oder ein persönliches Anliegen? Dann nutzen Sie bitte folgende Möglichkeiten:

- Arbeitnehmersprechtag am 22. Mai in Gemeindeamt Andelsbuch von 18 bis 19 Uhr
- Telefonsprechstunde am 5. Juni von 14 bis 15 Uhr unter Telefon 050/258-6800



Die AK Vorarlberg verlost unter allen Bestellungen fünf attraktive Preise

Letzte günstige Karten sichern!

Nur noch wenige Tage können AK-Mitglieder die begehrten Karten für die Bregenzer Festspiele zu ermäßigten Preisen erwerben. Unter allen Bestellungen werden fünf Preise verlost.

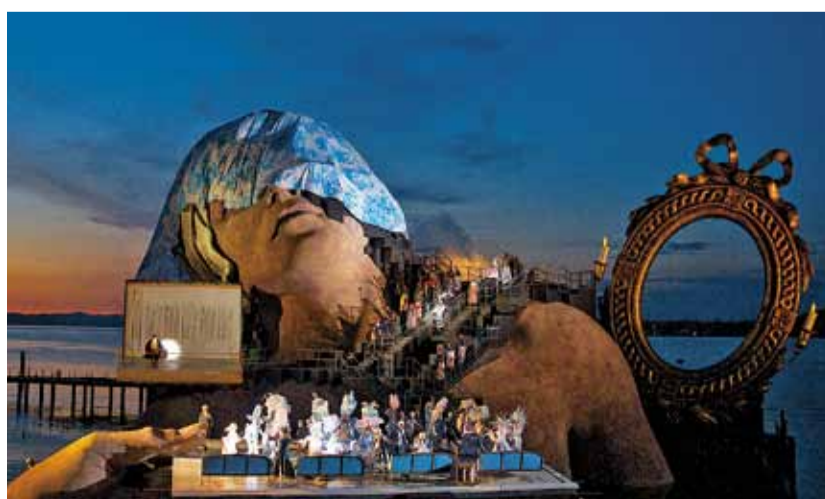
Zwei Gewinner können ihren Festspielbesuch mit einem 3-Gang-Buffer für zwei Personen verschönern, drei weitere Gewinner erhalten von den Bregenzer Festspielen je ein Merchandising-Paket „André Chenier“ (1 Tasche, 2 Sitzkissen, 1 CD, 1 Fernglas, 1 Notizbuch).

„André Chenier“ als Spiel auf dem See begeisterte bereits im Vorjahr die Zuschauer. Das berühmteste Werk des italienischen Komponisten Umberto Giordano ist gleichermaßen packend als leidenschaftliches Liebesdrama und als historischer Krimi. Auch für weitere Programmpunkte der Bregenzer

Festspiele bietet die AK Vorarlberg in Zusammenarbeit mit dem Veranstalter Karten zu günstigen Preisen an, allerdings nur noch bis 9. Mai.

Ausgleich zum täglichen Arbeits-

leben ist wichtig und Kulturerlebnisse wie Oper, Schauspiel und Konzerte sind eine hervorragende Möglichkeit dazu. Das ist die Intention der AK Vorarlberg für diese Aktion.



„André Chenier“ – Revolutionsdrama auf dem See in traumhafter Kulisse.

AK-Festspielkarten

Bestellung

Bis längstens 9. Mai 2012 an das Kartenbüro der AK Vorarlberg in Bregenz, Reutegasse 11, 6900 Bregenz, Fax 050/258-5001. Bestellscheine inkl. Termine und Preise stehen auch auf der Webseite der AK Vorarlberg zum Herunterladen bereit.

Bezahlung

Die Bezahlung erfolgt entweder in bar bei Abholung der Karten in der AK Vorarlberg in Bregenz oder durch Überweisung auf das Festspielkartenkonto der AK Vorarlberg, Kontonummer 20111119, Hypo Bank Bregenz, Bankleitzahl 58000.

Das Geld muss bis 18. Mai 2012 überwiesen werden. Falls erwünscht, werden die Karten auch kostenlos zugesandt.

Foto: Bregenzer Festspiele/Karl Forster

Aktuelle Bilanz wirft kein gutes Licht auf die Verfassung der Vorarlberger Wirtschaft

Arbeitsrechtsverstöße: „Probiert“ wird immer

Die Zahl der Anfragen und persönlichen Vorsprachen bei den Arbeitsrechtsexperten der AK Vorarlberg sind ein Gradmesser dafür, in welcher Verfassung sich die Unternehmen gerade befinden. 2011 musste zu 1751 Verstößen gegen das Arbeitsrecht ein eigener Akt angelegt werden, 340 landeten vor Gericht.

Beides entspricht einer Steigerung von rund zehn Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Dabei handelt es sich um die Spitze des Eisberges. Die Verunsicherung unter den Arbeitnehmern ist hoch, wie weitere Zahlen aus dem Jahresbericht des AK-Arbeitsrechts bezeugen. In der AK-Geschäftsstelle Bludenz wurden 2011 um fast 40 Prozent mehr telefonische Anfragen verzeichnet als 2010, in der Arbeitsrechtsabteilung der AK in Feldkirch stiegen die Zahlen der persönlichen Vorsprachen und der per E-Mail eingeholten Auskünfte um ein Drittel bzw. um über 37 Prozent.

Von „Entwarnung“ kann derzeit nicht die Rede sein. Vergleicht man die Statistik für das 1. Quartal 2012 mit dem gleichen Zeitraum des letzten Jah-

res, liegen die Zahlen auf vergleichbar hohem Niveau.

Immer ein Ansprechpartner

„Fälle, wo probiert wird zu tricksen, gibt es immer“, weiß der erfahrene AK-Jurist Dr. Michael Simma. Man kenne „anfällige“ Branchen und schwarze Schafe. Läuft die Wirtschaft allerdings unrund, dann landen vermehrt auch aus den übrigen Ecken der Wirtschaft unmissverständliche Anfragen und Klagen von Arbeitnehmern auf den Tischen der AK-Rechtsexperten. Das ist derzeit der Fall.

Insgesamt 16 Juristen in Feldkirch und in den drei Geschäftsstellen kümmern sich darum, den Arbeitnehmern zu ihrem (Arbeits-)Recht zu verhelfen. „Wir betreuen sie dabei vom Anfang bis zum Ende. Auch wenn ein Fall bis zum Gericht geht, hat ein Arbeitnehmer immer den gleichen zuständigen Ansprechpartner“, erklärt Simma.

Eine von ihnen ist Dr. Tamara Thöny. Nach einer „Hitparade“ gefragt, antwortet sie, dass Fragen und Interventionen zur Beendigung eines Dienstverhältnisses sowie Fragen über

Abrechnungen und die Arbeitszeit die Statistik anführen. „Oft sind es Fallkonstellationen, wo Mehr- oder Überstunden angeordnet werden, der Beschäftigte sie aber nicht machen kann. Aber es kann auch umgekehrt sein: Dass einer sagt, ich habe immer welche gemacht und darf nicht mehr – ich brauche das Geld, was kann ich tun?“

Fristen werden übergangen

„Gerade bei telefonischen Anfragen stellt sich oft heraus, dass die Arbeitnehmer nicht wissen, welches Gewerbe ihr Dienstgeber hat, und damit, welcher Kollektivvertrag zur Anwendung gelangt“, berichtet Tamara Thöny. Das ist allerdings wichtig, wenn es beispielsweise die korrekte Einstufung betrifft. Ein eher jüngeres Phänomen sind jene Fälle, in denen Arbeitnehmer befristet Kürzungen in Kauf nehmen, um den Job nicht zu verlieren, die Abmachung dann einseitig über den ausgemachten Zeitpunkt verlängert wird. Siehe: Wirtschaftslage. „Solche Vereinbarungen sollten wenn, dann unbedingt immer schriftlich getroffen werden“, raten die AK-Experten.

So erreichen Sie die AK-Experten

Beratung in Ihrer Nähe

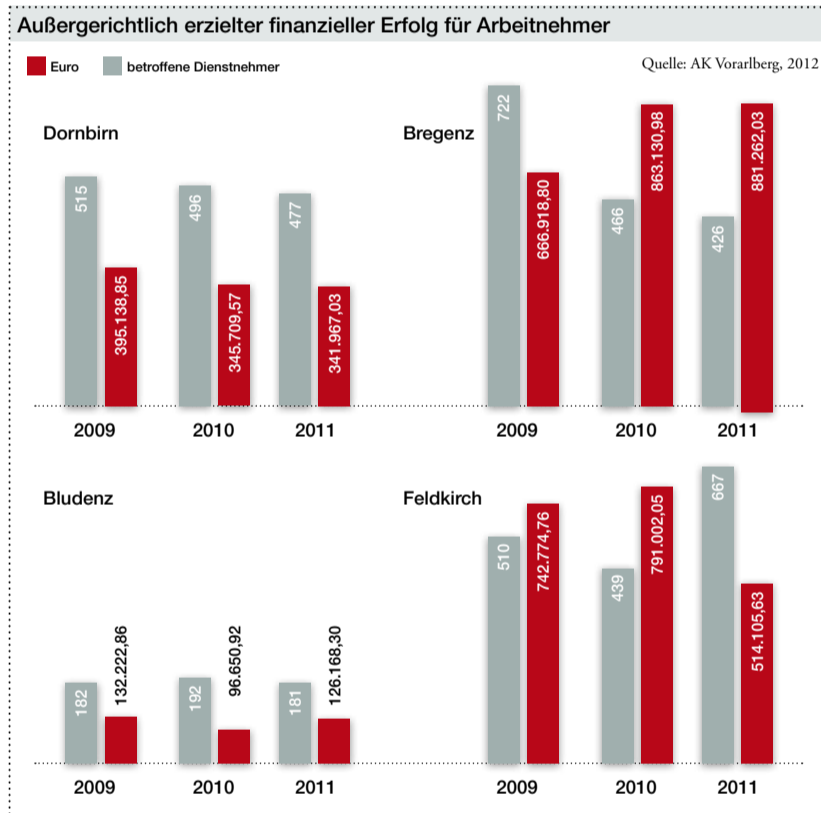
Neben der eigenen Arbeitsrechtsabteilung sowie dem Büro für Familien und Frauenfragen in der AK Vorarlberg in Feldkirch finden Sie auch in den anderen Landesstellen Ihren Ansprechpartner für Fragen rund ums Arbeitsrecht in den AK-Geschäftsstellen. Aus organisatorischen Gründen sind persönliche Beratungen nur nach vorheriger Terminvereinbarung möglich.

i Bludenz, Bahnhofplatz 1a, Telefon 050/258-7000, E-Mail bludenz@ak-vorarlberg.at

Bregenz, Reutegasse 11, Telefon 050/258-5000, E-Mail bregenz@ak-vorarlberg.at

Dornbirn, Realschulstraße 6, Telefon 050/258-6000, E-Mail dornbirn@ak-vorarlberg.at

Feldkirch, Widnau 2-4, Telefon 050/258-2000, E-Mail arbeitsrecht@ak-vorarlberg.at



AK Vorarlberg vertrat in 20 Jahren fast 19.000 Opfer von Firmenpleiten

Weiter viele Insolvenz-Betroffene

Die Zahl der von einer Insolvenz betroffenen Beschäftigten ist im Vergleich zum 1. Quartal von 2011 zwar etwas gesunken – die „Pleite-Bilanz“ liegt jedoch weiter auf hohem Niveau.

„Vor einer Entwarnung kann noch nicht die Rede sein“, erläutert Dr. Michael Simma die Zahlen. Mit Stichtag 25. April mussten dieses Jahr bereits Forderungen für 291 Beschäftigte als

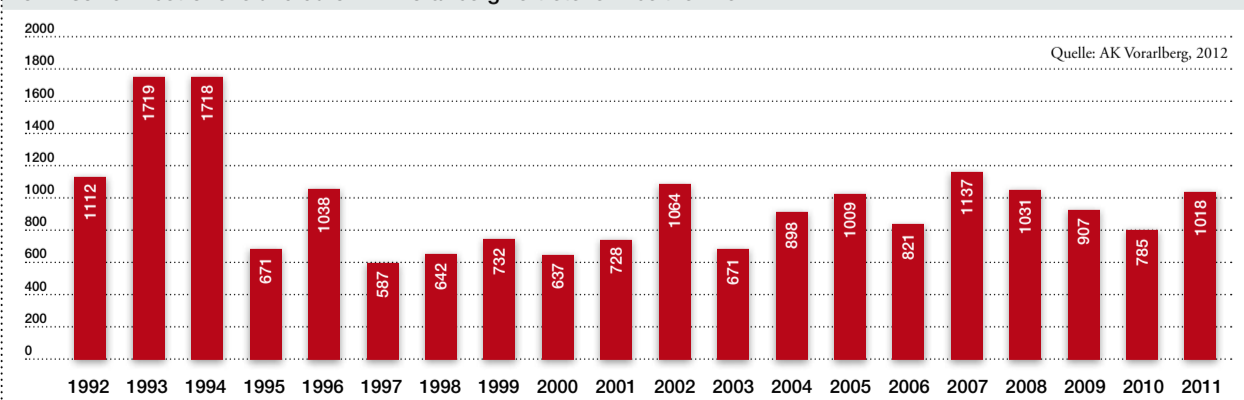
Opfer von Unternehmenspleiten beim Insolvenzgericht angemeldet werden. Die Zahl setzt sich aus vielen „kleinen“ Fällen zusammen, oft sind gerade Mal zwei oder drei Arbeitnehmer betroffen.

Zehn Millionen Euro ausständig

Im gesamten vergangenen Jahr war es um über zehn Millionen Euro gegangen, für die die Insolvenzrechtsabteilung der AK Vorarlberg im Inter-

esse der Arbeitnehmer eintrat. Rund 8,8 Millionen Euro an Forderungen konnten befriedigt werden. Nach zwei Jahren relativer Erholung wurde 2011 mit 1018 Betroffenen erneut die Tausender-Marke überschritten. In den vergangenen 20 Jahren hat die AK Vorarlberg 18.925 Insolvenzopfer vertreten – das entspricht der gesamten Bevölkerung des Montafons und Großwalsertals.

Von Insolvenz betroffene und durch AK Vorarlberg vertretene Arbeitnehmer



Der Blick in den Stellenanzeiger verbeißt Maturanten (wie unserer Gruppe der HAK Feldkirch) ü



AK erwirkte richtungweisendes Urteil

Wie komplex die Rechte von Arbeitnehmern geregelt sein können, belegt ein Fall, zu dem die AK Vorarlberg beim Obersten Gerichtshof (OGH) ein richtungweisendes Urteil erwirkte. Der Liechtensteiner Arbeitskräfteüberlasser MSE verlieh einen italienischen Zeitarbeiter an eine Firma in Vorarlberg. Für seine Tätigkeit erhielt er nach österreichischem Recht zu wenig Urlaubs- und Weihnachtsgeld ausbezahlt. MSE stellte sich auf den Standpunkt, es sei Liechtensteiner Recht anzuwenden, das nebenbei auch eine viel kürzere Frist zur Einforderung von Zulagen und Sonderzahlungen vorsieht. Nach einem langwierigen Verfahren durch mehrere Instanzen endete die Causa zugunsten des Arbeitnehmers. Der OGH schloss sich der Ansicht der AK Vorarlberg an, wonach die österreichischen Schutzbestimmungen gelten. Für alle aus Liechtenstein nach Österreich überlassenen Zeitarbeiter bedeutet das, dass sie bis zu drei Jahre rückwirkend ihre Ansprüche einfordern können.



berdurchschnittlich gute Job- und Karriereaussichten. Allerdings, und auch das geht aus dem Arbeitsklimaindex hervor: Im Beruf wartet überdurchschnittlich hoher Stress auf sie.

Seit der Krise geht es mit der Zufriedenheit der Arbeitnehmer in Vorarlberg bergab

Noten fürs Arbeitsklima werden immer schlechter

„Erschreckende 44 Prozent der Vorarlberger Beschäftigten kommen gerade oder nicht mit ihrem vorhandenen Einkommen aus“, fasst AK-Präsident Hubert Hämmerle Details aus dem aktuellen Arbeitsklimaindex zusammen.

Der Pfeil zeigt nach unten: Bei der Angabe nach ihrem Einkommen waren die Vorarlberger Arbeitnehmer vor fünf Jahren noch wesentlich zufriedener als der österreichische Durchschnitt – jetzt hat sich das Verhältnis umgekehrt. Seit 2011 liegen sie einen „Zufriedenheits-Punkt“ darunter. Besonders krass ist der regelrechte Absturz unter den so genannten qualifizierten Angestellten. Mit 123 Indexpunkten belegten sie noch 2007 einen

Spitzenwert, innerhalb von nur fünf Jahren sank die Einkommenszufriedenheit auf 106 Punkte.

Auffällig und ein weiterer Anlass zur Besorgnis ist für AK-Präsident Hubert Hämmerle dieses Detail des jüngsten Arbeitsklimaindex: Der Anteil der mit ihrem Verdienst unzufriedenen Beschäftigten erhöhte sich im gesamten Bundesgebiet im Laufe der vergangenen fünf Jahre „nur“ von 13 auf 19 Prozent, in Vorarlberg allerdings hat er sich in dieser Zeit von 8 auf 17 Prozent mehr als verdoppelt!

Die Ursachen für die insgesamt negative Entwicklung sind unterschiedlich und vielfältig. Die statistischen

Kurven verlaufen zudem nicht geradlinig durch alle beruflichen oder sozialen Gruppen. Dementsprechend weichen



„Die steigende Unzufriedenheit in den letzten fünf Jahren in punkto Einkommen ist auffällig!“

AK-Präsident Hubert Hämmerle

auch die Erwartungen und Perspektiven voneinander ab.

Bildung macht zufriedener

Wer lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügt, sieht der Zukunft deutlich negativer entgegen und ist weitaus unzufriedener als jene, die über eine höhere formale Schulbildung oder eine berufliche Qualifikation (wie

beispielsweise eine abgeschlossene Lehre) verfügen. „Bildung macht zufriedener“, resümiert Hämmerle, „hier gilt es weiter die Hebel anzusetzen.“

Gute Chancen, dafür mehr Stress

Sich sorgenfrei zurücklehnen zu können, dieses Bild ist selbst für die Bildungsspitze überholt. Mit einem Gesamtwert von 109 Punkten weisen Maturanten und Akademiker zwar noch immer generell eine relativ hohe Arbeitszufriedenheit aus. Besonders ihre subjektiven Chancen am Arbeitsmarkt schätzen sie als überdurchschnittlich gut ein. Dafür müssen sie im Vergleich zu anderen Gruppen mit höheren Belastungen durch psychischen, Zeit- und Innovationsstress fertigwerden.

Der Arbeitsklimaindex Vorarlberg wird bereits seit dem Jahr 2000 regelmäßig erhoben. Er ist nicht nur Maßstab für die Arbeitszufriedenheit, sondern spiegelt auch die jeweils aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen.

AK informiert zu Arbeit und Recht

Immer wieder werden Arbeitnehmer mit dem Arbeitsrecht konfrontiert und nur selten ist die Materie leicht zu verstehen. Die Arbeiterkammer bietet daher zu den verschiedenen arbeitsrechtlichen Themen hilfreiche Broschüren an, die das Wichtigste in Kürze erklären. Diese sind in jeder AK-Geschäftsstelle gratis erhältlich oder können auf der Homepage unter „Publikationen“ heruntergeladen werden.

Die Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“ enthält das Wichtigste, was es zum Thema Arbeitsrecht zu wissen gibt, und passt – dank ihres praktischen Formats – auch in jede Hosentasche.



Etwa ein Drittel der Vorarlberger arbeitet Teilzeit. Rund 72 Prozent davon sind Frauen. Alles Wissenswerte zum Thema erfahren Sie in der Broschüre „Teilzeitarbeit“.



Die Zahl der geringfügig Beschäftigten steigt weiter an. Alle wichtigen gesetzlichen Bestimmungen werden in der Broschüre „Geringfügige Beschäftigung“ erläutert.



Seit 1999 gibt es in Österreich die Altersteilzeit. In den letzten Jahren wurde diese mehrfach geändert. Wesentliches dazu erfahren Sie in der Broschüre „Altersteilzeit und Arbeitsvertrag“.



Während einer Schwangerschaft stellen sich viele Fragen rund um das Thema Arbeit. Das Wichtigste erfahren werdende Eltern in der Broschüre „Mutterschutz und Wochengeld“.



Bereits während der Schwangerschaft sollten sich die werdenden Eltern Gedanken über die Karenz machen. Informationen zum Thema finden Sie in der Broschüre „Karenz“.



Besonders in den ersten Lebensjahren eines Kindes können bzw. wollen nicht alle Eltern Vollzeit arbeiten, sondern bleiben zu Hause beim Kind. In der Broschüre „Elternzeit“ finden Sie alles Wissenswerte zum Thema.



Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen stellt Eltern immer wieder vor neue Herausforderungen. Die Broschüre „Tipps und Ansprüche“ ist hier ein hilfreicher Ratgeber.



Rund um das Thema Kinderbetreuungsgeld hat es im vergangenen Jahr einige Änderungen gegeben. Über die aktuellen Bestimmungen können Sie sich in der Broschüre „Kinderbetreuungsgeld“ informieren.



Telefon 050/258-8000, bestellen@ak-vorarlberg.at oder unter www.ak-vorarlberg.at

Fehlerhafter Apfelterer verursachte schwere Schnittwunden

AK erkämpft Schmerzensgeld für verletzte Konsumentin

Schwere Schnittwunden zog sich eine Konsumentin zu, als sie mit Hilfe eines Apfelschneiders Obst zerteilen wollte. Weil das Produkt fehlerhaft konstruiert war, wurde ihr, nach Einsatz der AK-Konsumentenberatung, Schmerzensgeld zugesprochen.

Claudia P. (Name geändert) ist Mutter eines fußballbegeisterten 7-jährigen. Selbstverständlich geht sie zu allen Spielen mit. Neben dem Anfeuern ist sie auch für die Verpflegung zuständig. Da soll es natürlich was Gesundes sein. Um rasch und unkompliziert gleich für mehrere Kinder Äpfel portionieren zu können, kaufte sie einen Apfelschneider. Doch gleich beim ersten Verwenden gab es eine böse Überraschung. Die Lochauerin setzte den Portionierer auf den Apfel, drückte mit beiden Händen und schon war der Unfall passiert: Der Schneideinsatz verursachte Schnittwunden an beiden Händen der Frau. Die Verletzung musste im Krankenhaus genäht werden. Durch die Wunden und die notwendigen Verbände war die Mutter und Hausfrau bei ihrer täglichen Arbeit gehandicapt. Für Hausarbeit und Kinderbetreuung brauchte sie Unterstützung durch Verwandte.

Versicherung lenkt ein

Mit der Bitte um Rechtsberatung wandte sich 35-Jährige an die Arbeiterkammer. Die Konsumentenschützer kontaktierten die Haftpflichtversicherung jenes Handelsunternehmens, bei dem sie den Apfelterer gekauft hatte. „Wir von der Konsumentenberatung vertreten nämlich die Ansicht, dass der Konsumentin Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz zustehen, weil der Apfelterer unsicher konstruiert war“, erklärt Mag. Gabriele Bertsch von der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg. Denn in den äußeren Teil



Nach dem Unfall mit einem Apfelterer war eine Hausfrau und Mutter aus Lochau auf Hilfe im Haushalt angewiesen.

des Gerätes mit den zwei Handgriffen konnte man unterschiedliche Einsätze für verschiedene Formen der Apfelterer einrasten. Allerdings war das Einrasten des Einsatzes in beide Richtungen möglich. Das wurde für Claudia P. zum Verhängnis: Sie hatte den Schneideinsatz versehentlich verkehrt in das Gerät eingesetzt. Die Messer zeigten nicht Richtung Apfel, sondern zu den Händen der Benutzerin. Allerdings war es für den Nutzer nur bei ganz genauer Betrachtung der Einsätze erkennbar, wie das Einsetzen richtig gewesen wäre. Sicherer wäre es, wenn das Gerät von

vornherein das Einrasten nur in die richtige Richtung ermöglichen würde. Diesen Argumenten konnte sich auch die Versicherung nicht verschließen. Die Lochauerin bekam Schmerzensgeld und auch einen Betrag für die notwendige Hilfe im Haushalt.

Rechtliche Grundlagen

„Wer durch ein fehlerhaftes Produkt zu Schaden kommt, kann vom Hersteller Schadenersatz nach dem Produkthaftungsgesetz verlangen“, erläutert Gabriele Bertsch. Bei der Produkthaftung geht es nicht um den Fehler am Pro-

dukt selbst, sondern um den Schaden, der durch diesen Fehler verursacht wird. Grundsätzlich sind Hersteller verpflichtet, nur sichere Produkte auf den Markt zu bringen. Gegen gefährliche Produkte wird auch behördlich auf Grund des Produktsicherheitsgesetzes vorgegangen. Zuständig ist dafür die Abteilung Produktsicherheit im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

i Abteilung Produktsicherheit des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: produktsicherheit@bmask.gv.at

Rücktrittsrechte, Stornoversicherung - die Tücken liegen im Kleingedruckten der Reiseveranstalter

Auch böse Überraschungen sind bei der Maturareise „all inclusive“

Damit das Kleingedruckte im Vertrag nicht die Maturareise verdirbt, rät die AK bei den Rücktrittsrechten und der Stornoversicherung genau hinzusehen und vorab Angebote zu vergleichen.

Speziell zu Beginn des Schuljahres werden Maturanten mit verlockenden Angeboten von Reiseveranstaltern bombardiert. Jugendliche werden oftmals in ihrer Euphorie dazu verleitet, spontan und somit voreilig vermeint-

lich günstige Maturareiseangebote zu buchen. Das böse Erwachen kommt dann nach der Unterschrift: Die Eltern können die Reise nicht finanzieren, das Schuljahr wurde von den Jugendlichen nicht positiv abgeschlossen oder die Reise hätte bei einem anderen Anbieter günstiger gebucht werden können.

„Die Arbeiterkammer empfiehlt daher, vor dem Abschluss des Reisevertrages mehrere Vergleichsangebote über das Preis-/Leistungsverhältnis

des Reiseveranstalters und die Zustimmung der Eltern einzuholen“, sagt Mag. Renate Burtscher von der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg.

Angebote prüfen und vergleichen

Grundsätzlich sind Jugendliche ab 18 Jahre voll geschäftsfähig. In diesem Fall bedarf der Vertrag für dessen Rechtsgültigkeit nicht mehr der Zustimmung der Eltern. Der Schüler haftet somit persönlich für sämtliche Verbindlichkeiten, sprich Bezahlung des Reisepreises gegenüber dem Reiseveranstalter. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahre benötigen hingegen für den Abschluss von Reiseverträgen die Genehmigung ihrer Eltern. Renate Burtscher empfiehlt zudem: „Lassen Sie sich auf jeden Fall vor der tatsächlichen Buchung die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Reiseveranstalters aushändigen, in denen die wichtigsten Vertragsbestimmungen und vor allem die Bedingungen im Falle der Stornierung der Reise geregelt sind.“

So früh wie möglich stornieren

Im Falle eines Stornos der Reise fallen entsprechende Gebühren an, deren Höhe vom Zeitpunkt der Stornierung

abhängt. Vielfach können dann Kosten in Höhe von 10 bis 85 Prozent des Reisepreises zusammenkommen. „Sobald Sie wissen, dass Sie die Reise nicht antreten können, informieren Sie unverzüglich und am besten schriftlich mittels eingeschriebenem Brief den Reiseveranstalter“, rät Renate Burtscher. Diese Kosten werden in der Regel von Versicherungen übernommen, sofern Sie im Rahmen der Reisebuchung eine Reisetornoversicherung abgeschlossen haben und der Storno Grund auch versichert ist. Aber hier lauern ebenfalls diverse Tücken: In der Regel sind Unfälle, plötzlich schwere Erkrankungen oder auch ein Nichtbestehen der Matura versichert. Wird der Schüler jedoch wegen eines negativen Jahreszeugnisses nicht zur Matura zugelassen, ist die Stornoversicherung mitunter wirkungslos.

„In der Regel handelt es sich bei Vertragsabschlüssen in der Schule um typische Haustürgeschäfte, sofern die geschäftliche Verbindung nicht von den Schülern angebahnt worden ist“, erklärt Renate Burtscher. Daher können die Schüler binnen einer Frist von einer Woche kostenlos ihren Rücktritt vom Vertrag erklären, sofern sie über ihr Rücktrittsrecht auch schriftlich belehrt wurden. Belehrt der Veranstalter nicht oder unvollständig über das Rücktrittsrecht, so können die Schüler zeitlich unbefristet vom Vertrag zurücktreten.



Die Maturareise wollen Maturanten in fernen Ländern und nicht auf Balkonen verbringen. Trotzdem könnte die Reise dort enden – und das auch noch mit hohen Kosten.

Betrügerische Post aus Spanien erhalten

Eine Lochauerin erhielt im April merkwürdige Post. Eine Spanierin Namens Cristina Tarraga sucht nach einer Person, welche sie als Nachfolger oder Verwandter eines Deutschen angeben kann, der angeblich bei einem Bombenanschlag in Madrid im Jahr 2004 ums Leben kam. Zufällig hat die Empfängerin des Briefes den selben Nachnamen wie der Verstorbene. Die angebliche Beraterin möchte verhindern, dass das Vermögen von 6,5 Millionen Euro des Verstorbenen von der Bank beschlagnahmt wird. Sie bietet der Lochauerin an, im Gegenzug für die Hilfe 80 Prozent des Geldes (20 Prozent will die Spanierin wohl-tätigen Zwecken spenden) mit ihr zu teilen. Die AK Vorarlberg warnt vor diesem und ähnlichen zwielichtigen Schreiben und empfiehlt sie zu ignorieren.

Internetabzocke einen Riegel vorschieben

Im Jahr 2011 haben sich in Österreich 32.700 Konsumenten bei der Arbeiterkammer und dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) über die Internetabzocke beschwert. Sie wurden größtenteils Opfer von betrügerischen Inkassobüros und von so genannten Abmahnanwälten, die unberechtigte Mahn- oder Drohbriefe schreiben. Konsumentenschützer raten, diese Schreiben nicht ernst zu nehmen und den geforderten Betrag nicht zu bezahlen. Um dieser Internetabzocke rasch einen Riegel vorzuschieben, soll die so genannte Button- und Bestätigungslösung in Österreich und in allen Mitgliedsstaaten der EU so rasch wie möglich umgesetzt werden. Dabei sollen anfällige Kosten bereits vor Vertragsabschluss angezeigt und separat bestätigt werden müssen.

„Umweltbeitrag“ von T-Mobile gesetzwidrig

T-Mobile-Kunden, die ihre monatlichen Rechnungen in Papierform erhalten, mussten bisher ein Extratgelt für diese Leistung zahlen. Nämlich 1,89 Euro pro Rechnung. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) ging im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums dagegen mit Verbandsklagen vor und bekam bislang in allen Instanzen Recht. Nun hat auch der Oberste Gerichtshof (OGH) entschieden: „Der sogenannte ‚Umweltbeitrag‘ verstößt klar gegen gesetzliche Verbote und gegen die guten Sitten. Die Klausel ist für den Verbraucher gröblich benachteiligend, intransparent und überrasschend.“

Kreditvermittlung im Internet nicht seriös

Die AK warnt: Finger weg von allzu verlockend klingender Kreditvermittlung im Internet. Denn den supergünstigen und top verzinsten Kredit gibt es nicht. Dahinter versteckt sich meist eine dreiste Abzocke. Bereits der erste Anruf über die Mehrwertnummer des Unternehmens verursacht hohe Kosten und die vermeintlichen Kreditverträge werden per Nachnahme für extrem hohe Gebühren versendet. Statt eines Kredits erhalten die Kunden zudem nur einen Vertrag zur „Finanzsicherung“ mit monatlich anfallenden Gebühren. Verschuldete Personen wenden sich besser an eine öffentliche Schuldenberatungsstelle.

i Liste dubioser Kreditvermittler: www.arbeiterkammer.at/konsument/falle - „Vorsicht bei Finanzsicherung“

Die Betreiber von Tankautomaten sichern sich die Zahlung, indem sie einen gewissen Betrag auf dem Konto „reservieren“

Überraschung an der Zapfsäule: Voller Tank – leeres Konto

Auf dem Kontoauszug war alles in Ordnung. Trotzdem konnte eine Ranklerin zehn Tage über 260 Euro nicht verfügen. Aufgrund einer „Vorautorisierung“ war der Betrag auf dem Konto „reserviert“ worden.

Astrid Listmayer aus Rankweil ist verärgert. Sie steht im Foyer ihrer Bank und möchte von ihrem Konto Geld abheben. Allerdings weist sie der Bankomat darauf hin, dass sie nicht mehr so viel Geld abheben kann, wie sie dachte. Eine Kontrolle auf dem Kontoauszug zeigt: Eigentlich ist alles in Ordnung. Was war hier los? Die Ranklerin stellt die Bank zur Rede. Schnell ist die Ursache des Problems gefunden: Auf ihrem Konto besteht eine sogenannte Vorautorisierung.

Die reservierte Zahlung

Eine Vorautorisierung ist ein Zahlungsverfahren, bei dem vor der eigentlichen Buchung ein gewisser Betrag auf dem Konto „reserviert“ wird. So will der Geschäftspartner sicherstellen, dass er den fälligen Betrag auch erhält. Diese Methode wird zum Beispiel bei Tankstellenautomaten angewendet. So wurden auch bei Astrid Listmayer diese 260 Euro vorübergehend gesperrt. Einige Tage zuvor tankte sie nämlich an der Hofer-Tankstelle in Rankweil für 30 Euro. Ihr Ehemann tankte zwei Tage später erneut für 30 Euro. Beide Male wurden vom Tankautomaten auf dem Konto 130 Euro vorautorisiert – der Höchstbetrag für den getankt werden kann. Nach dem Tankvorgang wird der tatsächlich verbrauchte Teilbetrag an den Bankrechner übertragen und vom Konto abgebucht. Die Reservierung wird damit wieder aufgelöst. Wird kein Rechnungsbetrag überwiesen bzw. der Tankvorgang abgebrochen, verfällt die Vorautorisierung automatisch nach der



Als Astrid Listmayer aus Rankweil an der Hofer-Tankstelle tankte, ahnte sie nicht, dass ihr auf dem Konto 130 Euro gesperrt werden.

festgesetzten Gültigkeit. Im Fall von Astrid Listmayer gab es jedoch Probleme mit der Software, wodurch die Vorautorisierung nicht gelöscht wurde, sondern bis zum Ablauf der Frist von

– aber dafür öfter – tanken, ein erheblicher Schaden entstehen. Denn der Höchstbetrag wird bei jedem Tankvorgang reserviert. „Denkbar wären unseres Erachtens Fälle, in denen der Kunde lediglich ein Habenkonto führt und durch diese Vormerkung der Dispositionsfähigkeit eingeschränkt wird, so dass im Extremfall wichtige Abbuchungen nicht durchgeführt werden“, erklärt Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung. Mögliche Folgen: Mahnspesen, Rücklastspesen, Zinsen usw. „Dem Großteil der Kunden ist völlig unbekannt, dass solche Vorautorisierungen überhaupt stattfinden“, erläutert Karin Hinteregger. Denn meist wird der Kunde nicht auf

„Der Kunde darf weder in seiner Dispositionsfähigkeit eingeschränkt werden, noch muss er allfällige Nachteile tragen.“

Dr. Karin Hinteregger, AK-Konsumentenberatung



zehn Tagen bestehen blieb. Tun könne man da leider nichts, hieß es von Seiten der Bank. Die Software soll jedoch bis Mai aktualisiert werden.

Leere Geldbörse trotz vollem Konto
Trotzdem könnten für Personen, die mit ihrem Budget knapp haushalten müssen und nur für kleinere Beträge

diese Zahlungsmethode hingewiesen. Im Fall von Astrid Listmayer war nur auf einem der beiden Tankbelege im Nachhinein ein Hinweis auf die Vorautorisierung zu entnehmen. Allerdings konnte sie mit diesem Begriff zu dem Zeitpunkt wenig anfangen. Karin Hinteregger: „Der Kunde darf weder in seiner Dispositionsfähigkeit eingeschränkt werden, noch muss er allfällige Nachteile tragen. Da machen sich seine Vertragspartner unseres Erachtens schadenersatzpflichtig.“ Astrid Listmayer ist durch die Vorautorisierung kein finanzieller Schaden entstanden. Ärgerlich war die Sache für sie trotzdem. Nichtsdestotrotz tankt sie auch in Zukunft an Tankautomaten.

i AK-Konsumentenberatung, Telefon 050/258-3000, www.konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at

AK warnt vor Phishing-Mails

„Sicherheitssperrung Ihrer Kreditkarte“ steht im Betreff der E-Mail. Der Absender von so genannten Phishing-Mails hat weniger die Sicherheit des Karteninhabers im Sinn als vielmehr dessen Kreditkartennummern, Passwörter oder andere vertrauliche Daten. Diese Phishing-Mails sind derzeit wieder vermehrt im Umlauf. Der angebliche Absender: Kreditkartenunternehmen oder Banken wie zum Beispiel Visa, Mastercard oder Paypal. Meist soll der Empfänger der Phishing-Mail über einen Link zu einer eigens eingerichteten Website seine Daten „abgleichen“ bzw. das angeblich gesperrte Konto oder die Kreditkarte mit der Angabe von PIN- oder TAN-Nummern und Passwörtern wieder freischalten. „Doch seriöse Unternehmen werden niemals per Mail nach vertraulichen Daten verlangen“, warnt Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung. Sollte sich eine Phishing-Mail in Ihren Posteingang verirren, ist es ratsam, das betroffene Unternehmen zu kontaktieren und die E-Mail sofort zu löschen.

Urteil: Komplexe Klauseln unzulässig

Das Wiener Handelsgericht hat der Verbandsklage des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) stattgegeben. Das Gericht erklärte die „Ausstoppung“ bei Lebensversicherungsverträgen der Wiener Städtischen Versicherung AG als unzulässig, da sie auf einer komplizierten Klausel beruht. Aufgrund der verwendeten finanztechnischen Begriffe sei sie für den Durchschnittsverbraucher nicht verständlich. Anlass für die Klage waren Umschichtungen in der indexgebundenen Lebensversicherung des Unternehmens im Jahr 2009 gewesen. Um die Garantiezusage abzusichern, wurden die Veranlagungen von Aktien in festverzinsliche Wertpapiere transferiert. Jedoch sei aus der Klausel nicht erkennbar, dass die Veranlagung während der Laufzeit komplett umgeschichtet werden kann. Für den Kunden bedeutete das jedoch, dass er am Ende der Laufzeit nur mit der garantierten Rückzahlung seiner einbezahlten Prämien rechnen könnte. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Das Oberlandesgericht bestätigt Urteil aus erster Instanz

Niederlage für Leadsänger von „The Sweet“ Andy Scott

Andy Scott, Leadsänger von der Rockgruppe „The Sweet“, verlangte von einem Vorarlberger wegen Urheberrechtsverletzung Geld. Das Oberlandesgericht Innsbruck wies die Klage im Berufungsverfahren ab.

Nun hat ebenfalls das Oberlandesgericht Innsbruck die Klage von Andy Scott, dem Leadsänger der weltbekannten Rockgruppe „The Sweet“, abgewiesen. Seit geraumer Zeit macht der Gitarrist mit Urheberrechtsklagen auf sich aufmerksam. So wurde ein Vorarlberger Konsument von Scotts Anwalt abgemahnt, weil er eine angeblich illegal hergestellte CD im Internet verkaufen wollte. Bereits in erster Instanz wurde die Klage vom Feldkircher Landesgericht vollinhaltlich abgewiesen (AKtion berichtete).

Illegale CD legal erworben

Auf Ebay wollte Herr H. – ein leidenschaftlicher Sammler von CDs – die Scheibe mit dem Titel „The Sweet – the Legend Lives On Vol. 1“ für einen

Euro verkaufen. Gekauft wurde der Tonträger auch, nämlich von Andy Scotts Anwalt selbst. Dieser reichte zudem Klage beim Landesgericht in Feldkirch ein. Herr H. soll eine illegale Kopie des Tonträgers verkauft und dadurch eine Reihe von Rechtsverstößen begangen haben: gegen das

Namensrecht, das Urheberrecht, das Markenrecht und noch weitere. Nun hatte Herr H. den Tonträger aber vor Jahren legal im Handel erworben. Die Scheibe war auch mit einem Strichcode versehen und weist auch sonst keine Auffälligkeiten auf.

Forderungen aus Angst meist bezahlt
Seit geraumer Zeit geht Andy Scotts Anwalt wegen verschiedener vermeintlicher Rechtsverstöße gegen Konsumenten vor. Diese werden teilweise mit horrenden Forderungen belangt. Da ein negativer Ausgang eines jahrelangen Prozesses die Konsumenten weitaus mehr kosten könnte, werden die Forderungen meist auch bezahlt. Im Fall von Herrn H. muss nun Andy Scott die Kosten beider Verfahren übernehmen. Obwohl die ordentliche Revision vom OGH nicht zugelassen wurde, hat Scotts Anwalt nun eine außerordentliche Revision erstatet. Der Oberste Gerichtshof wird nun prüfen, ob er diese überhaupt als zulässig erachten wird.



Vorarlberger Konsument gewinnt Rechtsstreit gegen „The Sweet“-Sänger.



Unseriöses Gewinnspiel auf Dornbirner Messe

Mit Telefonanrufen der Firmen Elite Service GmbH und WinDirect Service GmbH werden derzeit viele Vorarlberger belästigt. Auf der Dornbirner Frühjahrmesse hatten die bei der AK Vorarlberg seit längerem bekannten Unternehmen einen Stand, wo sie scheinbar für das Alpina Wellness & Sporthotel warben und ein Auto verlost. Am Telefon erfährt man jedoch, dass man zwar nicht den Hauptpreis gewonnen hat, aber dafür in die engere Auswahl gekommen wäre. Jedoch habe man Gewinnlose gewonnen und müsse dafür nur 37 Euro monatlich bezahlen. Die Gewinnchance wäre außergewöhnlich hoch. Zu diesem Zweck wird nach den Kontodaten der Gewinnspielteilnehmer gefragt. Die Arbeiterkammer warnt ausdrücklich davor, persönliche Daten weiterzugeben. „Konsumenten sind durch die Teilnahme keine vertragliche Verpflichtung eingegangen. Wenn Sie an diesem Gewinnspiel nicht teilnehmen möchten, sind Sie zu nichts verpflichtet“, erläutert Sandra Leichte von der Konsumentenberatung der AK-Feldkirch. Erhalten Sie schriftliche Unterlagen zu dem Gewinnspiel, erklären Sie innerhalb von sieben Tagen per Einschreiben Ihren Rücktritt und fordern Sie die Löschung Ihrer Daten.

Computer-Tipp

KeePass



Oliver Fink

Sie haben ein Netzwerkpasswort, ein E-Mail-Passwort, ein Facebook-Passwort und idealerweise haben Sie für alle Ihre Logins unterschiedliche Passwörter. Es ist unmöglich sich alle diese Daten zu merken – genau hier hilft Ihnen „KeePass Password Safe“. Mit Hilfe dieses Programms können Sie all Ihre Logindaten mit einem einzigen Passwort in einer Datenbank ablegen. Das Programm verschlüsselt diese Daten mit einem sehr sicheren Algorithmus. Die Passwörter können per Drag-and-Drop in andere Fenster oder per Doppelklick in die Zwischenablage kopiert werden. Es ist auch möglich ein zusätzliches Plugin namens KeeForm zu installieren – dieses Tool trägt Ihren Login und Ihr Passwort automatisch auf der Website ein. KeePass kann außerdem sichere Passwörter für Sie generieren oder Ihre TANs (Internetbanking) verwalten. KeePass ist auch in deutscher Sprache erhältlich und ist Freeware bzw. Open Source. Das heißt, Sie können sich sogar den Quellcode des Programms herunterladen.

Download im Internet:
<http://keepass.info/>



Im Kindergarten Oberdorf in Altach ist das Buch ein ständiger Begleiter der Kinder. So wird spielerisch die Sprachkompetenz gefördert.

Eine Piratengruppe ist auf der Suche nach dem Wortschatz

Kunden und Klienten richtig empfangen

Mitarbeiter, die im Bereich Kundeneingang tätig sind, haben eine entscheidende Rolle als Visitenkarte ihres Unternehmens. In diesem Seminar lernen Sie die wichtigsten Benimm- und Verhaltensregeln um einen positiven Eindruck zu hinterlassen. Das Seminar unter der Leitung von Jutta Skokan findet am 31. Mai 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Persönlichkeit: Sandra Studer,
050/258-4032, sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Leichteren Alltag ohne Zeitdruck erleben

Überlastung, Hektik und überladene Schreibtische kosten Zeit und Energie. Nicht nur der Beruf kann uns belasten, auch die private Zeit ist vollgestopft mit Aufgaben und Terminen. Investieren Sie 15 Minuten pro Tag in Ihre Organisation und Ihr Alltag ist nicht wieder zu erkennen. In diesem Seminar werden Ihnen die nötigen Techniken und Methoden mitgegeben. Das Seminar unter der Leitung von Mag. Manfred Schauer findet vom 25. und 26. Mai 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Persönlichkeit: Sandra Studer,
050/258-4032, sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Diplomarbeit mit Word 2012 schreiben

Lernen Sie in diesem Kurs Formatierungen und Formatvorlagen für Ihre Projekt-, Abschluss- oder Fachbereichsarbeit zu erstellen. So können Sie sich ganz auf den Inhalt Ihrer Arbeit konzentrieren und benötigen keine Zeit mehr für Formatierungsfragen. Der Kurs findet am 14. Mai 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

EDV: Regina Knecht,
050/258-4030,
regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Mit einem ambitionierten Projekt wird im Kindergarten Oberdorf in Altach die Sprachkompetenz der Kinder gefördert.

Stellt man sich einen Kindergarten vor, denkt man nicht an einen Bau aus grauen Containern mit einem aufgesetzten Schrägdach. Aber genau so präsentiert sich die Heimstätte der Piratengruppe in Altach, die im Kindergarten Oberdorf auf der Suche nach dem Wortschatz ist.

Vor der Türe glaubt man noch, man begegnet gleich einem Bauleiter, der eiligen Schrittes mit einem Gebäudeplan unterwegs zum Elektriker ist. Der Eindruck ändert sich schlagartig, sobald die Metalltüre im Rücken mit einem blechernen Ton ins Schloss fällt.

Kinder sollen sich wohlfühlen

Im Inneren sieht nichts mehr nach Baustelle aus. Vor kleinen Garderoben in Hüfthöhe, an denen kleine Jacken und Mäntel hängen, stehen kleine

Schuhe. An Erwachsene hat der Innenarchitekt keine Rücksicht genommen und das ist auch gut so, hier sollen sich Kinder wohlfühlen.

Maria Knapic, die Leiterin des Kindergartens, hat letztes Jahr das Projekt „Die Piraten auf der Suche nach dem Wortschatz“ initiiert. Ziel war es, Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung zu fördern, aber beileibe nicht nur jene mit nichtdeutscher Muttersprache.

Auch Kindern mit Deutsch als Muttersprache fehlen heute oft die nötigen Worte, um Erlebnisse zu schildern. „Zu unseren Aufgaben gehört es unter anderem, Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache den Zweitspracherwerb zu erleichtern. Dafür muss aber erst die Muttersprache beherrscht werden und das wollen wir mit dem Piraten-Projekt unterstützen“, sagt die Kindergartenleiterin.

Da Knapic einen hohen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in ihrem Kindergarten bemerkte, absolvierte sie an der Pädagogischen Hochschule den Lehrgang

„Frühsprachliche Förderung“. „Ich wollte mich schlau machen und neue Möglichkeiten finden, wie man diesen Kindern besser helfen kann. In türkischen Familien ist beispielsweise das Buch gar nicht existent, weder in türkischer noch in deutscher Sprache. Während der Ausbildung hatte ich dann die Idee mit der Piratengruppe“, so die engagierte Kindergartenpädagogin.

Drei Sprachen

Teil des Projektes ist auch ein monatlicher Besuch in der Bibliothek Altach, der Berührungängste abbauen hilft. Eingebunden werden auch die Eltern, die den Kindern Bücher in ihrer Muttersprache vorlesen, derzeit in drei Sprachen. Neben türkisch- und deutschsprachigen hören die Kinder auch serbokroatische Texte.

Frühpädagogik sei im Moment ein großes Thema, teils wegen des desaströsen Abschneidens bei der PISA-Studie, aber auch, weil man erkenne,

wie wichtig Sprache in allen Lebensbereichen ist, nicht zuletzt beim Lernen für alle Fächer. Wer eine Textaufgabe in Mathematik nicht verstehe, könne sie auch nicht lösen, egal, wie mathematisch talentiert er sei, merkt Knapic im Gespräch mit der AKtion an.

„Mir war es ein ganz wichtiges Anliegen, dass wir zum Beispiel den Büchereibesuch alltäglich machen. Die Kinder leihen über den Kindergarten Bücher aus und bringen sie nachhause mit, was auch von den Eltern sehr gut angenommen wird. Von Anfang an habe ich Begeisterung gespürt, nicht nur bei Eltern mit migrantischem Hintergrund“, so Knapic.

Sprachentwicklung sei auch bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern ein großes Thema. Rückblickend auf die Erfahrungen als Pädagogin in ihrer mehr als 20-jährigen Berufslaufbahn meint sie: „Durch die allgegenwärtigen Medien und Computerspiele leidet die Kommunikation in allen Familien, egal, woher sie kommen.“

„Duo 3 Schwestern“: 5 mal 2 Karten gewinnen!

Als glorioches Volksmusik-Duo nehmen Gabi Fleisch und Pia Mock das Ländle und seine Traditionen aufs Korn. Als junggebliebene Entertainerinnen begleiten sie das Publikum auf einer unvergesslichen Fahrt rund ums Ländle.

Vor 30 Jahren hatten Adelheid und Irma als „Duo 3 Schwestern“ den Hit ihres Lebens: Das Lied „Ein Stück vom Glück“ rührte damals tausende Freunde der Volksmusik zu Tränen. Leider ist es nur bei dem einen Hit geblieben. Heute sind die junggebliebenen Dirndl als Reiseleiterinnen aktiv. Einen deutschen Touristenbus nach dem anderen karren die Damen durch ihr sorgenfreies, sauberes Ländle, bis die stille Irma eines Tages ein Schnäpschen zuviel erwischt.



Die beiden überzeugten Single-Damen können nicht mit- und schon gar nicht ohne einander, weshalb es immer wieder zu unterhaltsamen Reibereien kommt. Ihre spitzen Zungen bringen auf der Fahrt rund ums Ländle die Dinge auf den Punkt, egal, ob es sich um das Schneeketten-Montieren oder den

ultimativen Jahrgänger-Ausflug handelt. Und selbstverständlich wird musiziert und gejodelt, was das Zeug hält.

Der Text für das kurzweilige Programm stammt aus der Feder von Kabarett-Legende Gabi Fleisch, die schon seit Jahren immer wieder in Theaterstücken und Kabarett das Publikum begeistert und die VN-Leser täglich mit ihrem i-Tüpfle erheitert. Ihre kongeniale Partnerin ist diesmal Pia Mock, Verfasserin des wöchentlichen Sonntagsreims in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung. Sie unterhielt Jahrzehnte lang die Gäste der Schattenburg mit Akkordeonklängen und viel Humor. Regie führt in dieser turbulenten Produktion Philippe Roussel.

Termine Kulturbühne AMBACH Götzis (Beginn jeweils um 20 Uhr, sonntags um 18 Uhr): 3., 4., 5., 6., 7., 10., 11., 12., 13., 14., 17., 18., 19., 21., 25. und 26. Mai 2012. Weitere Termine (Gastspiele) finden Sie unter www.vovo.at.

Tickets bekommen Sie in allen Raiffeisenbanken oder direkt beim Vorarlberger Volkstheater, Kulturbühne AMBACH, 6840 Götzis, Theater-Info 05523/54949, info@vovo.at, www.vovo.at und www.facebook.com/vovo.goetzis

Um zwei Karten für „Duo 3 Schwestern“ am 13. Mai 2012 (Muttertag, Beginn 18 Uhr) auf der Kulturbühne AMBACH in Götzis zu gewinnen, beantworten Sie bitte folgende Frage: Mit welchem Hit rührten Irma und Adelheid tausende Freunde der Volksmusik zu Tränen?

Senden Sie die richtige Antwort an folgende Adresse: AK Vorarlberg, Kennwort „Duo 3 Schwestern“, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch oder schicken Sie uns eine E-Mail an gewinnen@ak-vorarlberg.at

Vorarlbergs größtes Wissensquiz mit 600 Teilnehmern auf der Werkstattbühne im Festspielhaus Bregenz

Familie Sausgruber im total genialen Glück

600 Teilnehmer, 50 Fragen und eine Menge Showprogramm. Am Ende nahm Lukas Sausgruber den Toyota Aygo mit nach Hause.

Mit einem bunten Showprogramm, kniffligen Fragen und jeder Menge Spannung ging das größte Vorarlberger Wissensquiz „Total Genial“ im Festspielhaus Bregenz über die Bühne.

Rund 600 Teilnehmer konnten sich im Vorfeld online dafür qualifizieren. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der AK Vorarlberg und den Vorarlberger Nachrichten ausgerichtet.

Eröffnet wurde die „Total Genial“ mit weltmeisterlicher Unterstützung der Radballer aus Höchst, Patrick Schnetzer und Dietmar Schneider, die auch gleich die erste Frage nach dem Gewicht ihres Sportgerätes stellten, fast 90 Prozent tippeten richtig auf 600 Gramm. Außerdem bekamen die Zuschauer die Capoeira-Gruppe „Angelo Palmeros“, die „Floor Rock Dance Academy“ und eine verwegene und mit Gefahren gespickte Vorführung der „Stuntvögel“ zu sehen.

Nichtsdestotrotz ging es letztlich um ein Wissensquiz. Fünf Fragerunden zu je zehn Fragen galt es richtig und schnell zu meistern, um die Chan-

ce auf einen Toyota Aygo zu wahren. Während den Namen des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg 98 Prozent der Teilnehmer kannten, wussten lediglich 17 Prozent, dass der innere Erdkern nicht gasförmig oder flüssig ist, sondern fest.

Stargast Harald Krassnitzer

Bei den letzten zehn Fragen unterstützte Stargast Harald Krassnitzer, der sich extra in einer Drehpause auf den Weg von Wien nach Bregenz machte, das Moderatoren-Duo Martina Rüscher und Thomas Matt.

Nach zwei Stunden standen die zehn Sieger fest und das Publikum staunte nicht schlecht, als die drei Erstplatzierten auf der Leinwand eingeblendet wurden. Das Siegetreppchen wurde fast vollständig von der Familie Sausgruber aus Höchst besetzt, allein Marisa König aus Lustenau drängte sich als Zweitplatzierte noch dazwischen und gewann ein E-Bike.

Ilga Sausgruber gewann ein iPad, ihr 29-jähriger Sohn Lukas Sausgruber sicherte sich einen nagelneuen Toyota Aygo, der mit freundlicher Unterstützung des Autohauses Manfred Ellensohn für den Sieger bereitgestellt wurde.



Lukas Sausgruber durfte am Ende den Toyota Aygo mit nach Hause nehmen.

„Wissen fürs Leben“: Erfolgreiches Frühjahr

Mehrere tausend Besucher fanden sich schon im AK-Festsaal ein, um den Referenten der „Wissen fürs Leben“-Reihe zu lauschen. „Wir haben mit dieser Reihe genau den Puls der Zeit getroffen. Der Erfolg überrascht uns selbst ein wenig, was die Freude darüber natürlich nicht mindert,“ sagt Gerhard Ouschan, Bereichsleiter der AK-Bildungspolitik. Mit einer Live-Großbildprojektion und der Verfügbarkeit der Vorträge auf der AK-Homepage zählt die Reihe „Wissen fürs Leben“ zu den Aushängeschildern in der Vortragslandschaft in Vorarlberg.



Wissen fürs Leben entwickelt sich zu einer der beliebtesten Vortragsreihen im Bildungsbereich in Vorarlberg.

Frühpädagogische Tagung in Dornbirn

Am 8. Mai findet im Kulturhaus Dornbirn ab 18 Uhr eine Tagung zum Thema Frühpädagogik statt. Erstmals wird im Rahmen dieser Tagung Cornelia Wustmann nach Vorarlberg kommen, sie ist Professorin an der Uni Graz und die einzige Lehrstuhlinhaberin für Frühpädagogik in Österreich. Mit dem Berliner Existenzanalytiker Günter Funke wird sie die Grundlagen ihres Fachbereichs erläutern. Zudem werden Landesrat Siegi Stemer und Bernhard Hauser (Pädagogische Hochschule St. Gallen) neben den Referenten in Gesprächsrunden Fragen zu Theorie und Praxis beantworten. Der Eintritt ist frei, um Anmeldung wird gebeten.

Anmeldung: initiativkreisbildung@gmail.com



Die Sieger mit Stargast Krassnitzer, AK-Präsident Hubert Hämmerle, VN-Chefredakteur Christian Ortner und der Familie Ellensohn vom gleichnamigen Autohaus.



Weltmeisterliche Radballer sorgten gleich zu Beginn für Action auf der Bühne.



Stargast Harald Krassnitzer half Thomas Matt bei der Präsentation der Fragen.

AK-Präsident Hubert Hämmerle im Kontakt mit Vorarlberger Arbeitnehmern

AK-Arbeitnehmertag in der Messestadt

Regelmäßig besucht Hubert Hämmerle Arbeitnehmer in Betrieben im ganzen Ländle. Dabei sind ihm der Kontakt zur Basis und das persönliche Gespräch sehr wichtig.

Schon zum zweiten Mal war AK-Präsident Hubert Hämmerle im Rahmen eines Arbeitnehmertags in Dornbirn zu Gast. Dabei besuchte er Alu-Technik

Wolf, den Keramik-Profi Emil Bröll und das Werk sieben des Beschläger-Herstellers Blum.

Hubert Hämmerle durfte sich einmal mehr persönlich davon überzeugen, auf welchem hohem Niveau Vorarlberger Betriebe internationale Produkte auf den Markt bringen und sich damit auch gegen weltweite Konkurrenz behaupten.



AK-Lehrling Anna-Theresa Breuss begleitete Hämmerle auch zu Alu-Technik Wolf um Einblick in die Arbeit des AK-Präsidenten zu bekommen.



AK-Präsident Hubert Hämmerle mit Mitarbeitern des Beschlägerherstellers Blum.



AK-Präsident Hubert Hämmerle im Kreise der Firma Emil Bröll.

Buchtipps

Die verführerische Welt der kühlen Mathematik

Die meisten unterschätzen, wie tief die Ökonomie in der Kultur verwurzelt ist. Nicht so Tomáš Sedláček. Er behauptet: „In der Ökonomie geht es um Gut und Böse. Es geht um Menschen, die Menschen Geschichten über andere Menschen erzählen. Selbst das ausgefeilteste mathematische Modell ist eine Parabel, eine Geschichte, mit der wir die Welt um uns herum zu begreifen versuchen.“ Sedláček erschüttert unseren Begriff von Wirtschaft wie wenige vor ihm. Sein Buch ist ein faszinierender Gang durch die Welt der Ökonomie – vom Gilgamesch-Epos über das Alte Testament und Adam Smith bis hin zur Wall Street und zur immer noch aktuellen Wirtschaftskrise. Und ganz nebenbei erfahren wir, warum die Sprache der Wirtschaft, die Mathematik, nicht wertfrei und kühl ist, sondern schön und manchmal verführerisch.

Die Ökonomie von Gut und Böse



Verlag Hanser Wirtschaft, 447 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-446-42823-2, 24,90 Euro

Mobbing-Erwähnung bereits vor 200 Jahren

Seit dem Modischwerden des Begriffs Mobbing in den 1990er Jahren wurde selbst von Laien immer wieder festgestellt, dass Mobbing nichts Neues sei. Eine aktuelle Recherche bestätigt diese Meinung und zeigt, dass Fachbücher im Hinblick auf die Begriffsgeschichte umgeschrieben werden müssen. Keineswegs ist demnach Konrad Lorenz der Urheber, der nämlich 1963 Mobbing im Tierreich beschrieben hatte. Bereits im 18. Jahrhundert wurde das Phänomen in England beschrieben und fand schon 1794 und 1801 Einzug in englisch-deutsche Wörterbücher.

Die kleinsten Münzen verschwinden

Kanada stellt im Herbst die Produktion seiner 1-Cent-Münze ein. Die Prägung koste inzwischen 1,6 Cent, der Staat will sich somit jährliche Kosten von umgerechnet 8,2 Millionen Euro ersparen. Diskussionen über Kosten und Sinn der kleinen Münzen gibt es auch in Europa: In Finnland und in den Niederlanden werden Preise schon seit Jahren auf 5-Cent-Beträge gerundet, beide Länder haben die Prägung von 1- und 2-Cent-Münzen eingeschränkt.



Finnische und holländische Cent-Stücke

Das Internet setzt Pay-TV unter Druck

Die Studie „Der Kampf um den amerikanischen Couch-Potato“ zeigt auf, dass Pay-TV-Kunden in den USA, wo bezahltes Fernsehen eine weitaus größere Rolle als in Europa spielt, immer öfters ihre Verträge auslaufen lassen. Zwischen 2008 bis 2011 waren es über 40 Prozent der Abonnenten. Sie wandern massiv zu Internetfernsehen und Onlinediensten ab.

Kurz gemeldet ...

- Vor allem bei leichten Erkältungen, Husten und Schnupfen haben 2011 50 Prozent der Österreicher homöopathische Arzneien verwendet.
- 60 Prozent aller Wikipedia-Einträge über Firmen enthalten falsche Fakten, so eine Untersuchung.
- Kreuzfahrtschiffe produzieren pro Passagierkilometer dreimal so viel Treibhausgase wie ein Jumbo-Jet, rechnet Greenpeace vor.

AK Vorarlberg auf der Dornbirner Frühjahrsmesse

Thema Smartphone traf voll ins Schwarze

Sicherheit am Handy: Dieser Themenschwerpunkt lockte viele Besucher an den AK-Stand auf der Dornbirner Frühjahrsmesse.

Sicherheit, was die eigenen Daten und Surfen im Internet angeht, aber auch Sicherheit in der Bedienung der vielseitigen Smartphones – zu beidem war der Rat der AK-Experten gefragt. Diese hatten vor allem mit Fragen über Handyverträge, Roaming etc. gerechnet, sehr oft aber kreisten die Beratungsgespräche zuerst einmal um grundsätzliche Einstellungen der Geräte. Erfreulich viele Konsumenten, stellte sich heraus, haben den Rat der AK Vorarlberg befolgt und die automatische Netzwahl gesperrt. Andere wieder berichteten von „Kostenfallen“, in die sie unverhofft getappt waren.

Wenige Restplätze vorhanden

Den Informationsbedarf unterstrich das große Interesse an den neuen AK-Kompaktkursen zu den digitalen Geräten. Die auf der Messe angekündigte Kursserie ist bereits erfolgreich angelaufen. Für die nächste Staffel sind noch wenige Restplätze frei (9.5.: „Videoquickies“, 10.5.: „Tablet-PCs“, 15.5.: „Smartphones“).

„Handykurse“: Barbara Halbeisen, Telefon 050/258-4018, barbara.halbeisen@ak-vorarlberg.at



Annemarie Malin aus Frastanz heißt die glückliche Gewinnerin des großen Messe-Quiz am AK-Stand. AK-Präsident Hubert Hämmerle überreichte ihr ein neues iPad.



Im Rahmenprogramm am AK-Stand war bei Jung und Alt Balancegefühl gefragt.



Im AK-Kultur-Café waren heiße karibische Rhythmen angesagt. Da hielt es viele Besucher nicht lange auf ihren Plätzen ...

Sicherheits-Tipp

Dekadenarbeit



Elisabeth Martin 05574/78601

Unter Dekadenarbeit versteht man, dass auf zehn Arbeitstage vier arbeitsfreie Tage folgen. Regelungen für Dekadenarbeit kann der Kollektivvertrag für Arbeitnehmer, die auf im öffentlichen Interesse betriebenen Großbaustellen oder auf Baustellen der Wildbach- und Lawinenverbauung in Gebirgsregionen beschäftigt sind, zulassen. Dafür ist ein Zusatzkollektivvertrag notwendig. Laut § 4c Arbeitszeitgesetz darf die wöchentliche Normalarbeitszeit im Durchschnitt innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von zwei Wochen 40 Stunden nicht überschreiten (zum Beispiel in der ersten Woche 63 Stunden, in der zweiten Woche 17 Stunden). Die tägliche Normalarbeitszeit darf dabei neun Stunden



Die Regelung gilt vor allem für Großbaustellen in öffentlichem Interesse.

nicht überschreiten. Detailregelungen wurden im Kollektivvertrag für das Baugewerbe bzw. -industrie festgelegt.

Grundsätzlich darf die Wochenarbeitszeit 50 Stunden nicht überschreiten (§ 9 Abs 1 AZG). Bei Einführung von Dekadenarbeit sind allerdings nachstehende Verlängerungen möglich:

63 Stunden

- Normalarbeitszeit bei Dekadenarbeit im Bauwesen, Zulassung durch Kollektivvertrag (§6c KV Baugewerbe, -industrie)
- Durchrechnungszeitraum zwei Wochen, zum Beispiel erste Woche: 63 Stunden, zweite Woche: 17 Stunden

70 Stunden

- Überstunden bei Dekadenarbeit im Bauwesen
- bei Verlängerung der Normalarbeitszeit auf 10 Stunden
- nur in jeder 2. Woche zulässig

Da in diesem Fall auch die Wochenendruhe berührt wird, sind die Bestimmungen des Arbeitsruhegesetzes und der Arbeitsruhegesetz-Verordnung zu beachten.

Arbeitsinspektion Bregenz, www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name / Adresse

.....

.....

.....

Postgebühr zahlt Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion Aktion
Widnau 2-4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.



Gewinnen Sie einen E-Book-Reader von Sony!

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Sony E-Book-Reader. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: Die jüngsten Preisentwicklungen an der Tankstelle – soll das Pendlerpauschale geändert werden? (Seite 2), der Vorschlag einer „Finanztransaktionssteuer light“ (Seite 3) sowie der Dauerbrenner Klima am Arbeitsplatz (Seiten 6/7).

Für die Verlosung des E-Book-Readers als Gewinn drücken wir allen Einsendern die Daumen!